

Die deutsch-koreanischen Beziehungen von 1945 bis zur Gegenwart

Köllner, Patrick

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Köllner, P. (1998). Die deutsch-koreanischen Beziehungen von 1945 bis zur Gegenwart. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 19-56. <https://doi.org/10.11588/kjb.1998.0.2870>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Die deutsch-koreanischen Beziehungen von 1945 bis zur Gegenwart

Patrick Köllner

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Muster der Beziehungen zwischen Deutschen und Koreanern stark von der Teilung der beiden Nationen beeinflusst worden. Die Aufteilung Deutschlands in einen westlichen und einen östlichen Teil und die Aufteilung Koreas in einen südlichen und einen nördlichen Teil führten dazu, daß sich vier Beziehungspaare herausbildeten: Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der Republik Korea (Südkorea) sowie der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR, Nordkorea) andererseits und die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) auf der einen Seite und der KDVR sowie der Republik Korea auf der anderen Seite.¹

Infolge ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen, sich antagonistisch gegenüberstehenden ideologischen Blöcken konnten sich die Beziehungen zwischen Westdeutschland und Nordkorea sowie zwischen Ostdeutschland und Südkorea nur in Ansätzen entwickeln. Das Fehlen diplomatischer Verbindungen und die nur bescheiden ausgeprägten Wirtschaftskontakte über die Blockgrenzen hinweg sorgten vielmehr dafür, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der KDVR sowie zwischen der DDR und der Republik Korea de facto „Nichtbeziehungen“ blieben. Ein intensiverer Austausch konnte sich nur innerhalb der Blockgrenzen entwickeln. Doch selbst hier waren im Fall der Beziehungen zwischen der DDR und der KDVR Grenzen gesetzt, die sich aus Spannungen innerhalb des östlichen Bündnisses und wegen verschiedener Auffassungen in der Frage der Vereinigung der beiden geteilten Nationen ergaben (siehe dazu Abschnitt 4). Mithin gelang es bis zur deutschen Vereinigung nur im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea eine relativ hohe Dichte des Austausches und der Kooperation zu erreichen. Die politische, die wirtschaftliche und die kulturelle Dimension dieses Verhältnisses sollen in den folgenden drei Abschnitten beleuchtet werden.

¹ Zu den deutsch-koreanischen Beziehungen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs siehe Kneider (1996).

1 Politik und Diplomatie in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Südkorea

Von der Herstellung diplomatischer Beziehungen bis zum Staatsbesuch von Park Chung-hee

Am Beginn der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea stand ein Hospital. Dies kam so: Während der Koreakrieg noch im vollen Gang war, bot der damalige deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, bei einem Besuch in Washington im April 1953 dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower die Entsendung eines deutschen Feldlazarets nach Korea an. Das Lazarett sollte zur Unterstützung der US-Truppen eingesetzt werden, die dort im Auftrag der Vereinten Nationen (VN) gegen nordkoreanische (und chinesische) Militärverbände kämpften. Die Bundesrepublik war zu diesem Zeitpunkt zwar noch nicht Mitglied der VN, fühlte sich deren Zielen aber verbunden. Eisenhower nahm das deutsche Angebot dankend an. Da jedoch im Juli desselben Jahres die Kampfhandlungen auf der koreanischen Halbinsel eingestellt wurden - noch bevor das deutsche Lazarett überhaupt einsatzbereit war -, vereinbarten die Bundesrepublik und die USA im Februar 1954, dem VN-Kommando in Südkorea ein Hospital des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) zu unterstellen, das statt verwundeten Soldaten nun eben Zivilpersonen versorgen sollte.

Das DRK-Hospital unter Leitung von Günter Huwer wurde in einer ehemaligen Mädchenschule in der südlichen Hafenstadt Pusan untergebracht und nahm im Mai 1954 seine Arbeit auf. Innerhalb kürzester Zeit erwarb sich das Hospital, in dem kostenlos arme, der medizinischen Hilfe bedürftige Koreaner versorgt wurden, einen hervorragenden Ruf. In den fünf Jahren seines Betriebs waren die Betten des Hospitals ständig belegt; rund 22.000 Patienten wurden während dieser Zeit stationär und weitere 230.000 Patienten ambulant behandelt. Insgesamt wurden 16.500 Operationen und 6.000 Geburtshilfen durchgeführt. Zudem wurden in dem Hospital koreanische Ärzte und Krankenschwestern aus- und weitergebildet, die schließlich die Arbeit deutscher Fachkräfte weiterführen konnten.

Das Hospital erfreute sich einer solch großen Beliebtheit, daß zeitweise Aufnahmeberechtigungsscheine auf dem Schwarzmarkt gehandelt wurden. Entsprechend groß war die Trauer, aber auch der Dank für die getane Arbeit, als das Hospital im Frühjahr 1959 seine Tätigkeit in Pusan einstellte. Der humanitäre Einsatz, der aus einem Abkommen zwischen Bonn und Washington hervorgegangen war, hatte einen soliden Grundstein für die weitere Entwicklung der deutsch-koreanischen Beziehungen gelegt. Der damalige Bundesaußenminister von Brentano versprach bei der Schließung des Hospitals, daß das dort „geknüpfte Band deutsch-koreanischer Zusammenarbeit“ nicht abreißen würde (Han 1991:105-108; Kleiner 1992:289-290; Huwer/Daerr 1984).

In der Zwischenzeit waren auch die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea auf ein festes Gleis gebracht worden. Bereits im Jahre 1951 hatte sich die südkoreanische Regierung um die Aufnahme di-

plomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik bemüht; der andauernde Koreakrieg ließ daraus zunächst jedoch nichts werden. Nach dem Waffenstillstand wandte sich die Regierung in Seoul erneut an Bonn, wo man zunächst die Einrichtung von Handelsmissionen im jeweils anderen Land vorschlug. Entsprechend eröffnete die Republik Korea im Oktober 1954 zunächst in Remagen eine von Lee Han-ho geleitete Handelsvertretung, die im Dezember 1955 als offizielles Generalkonsulat anerkannt wurde. Im August 1956 erfolgte ein Umzug des Generalkonsulats nach Köln. Wenig später, im Oktober 1956, nahm dann auch das deutsche Generalkonsulat in Seoul seine Arbeit auf. Im März 1957 wandelten die beiden Regierungen ihre jeweiligen Generalkonsulate in Gesandtschaften um, und im September desselben Jahres siedelte die südkoreanische Gesandtschaft von Köln nach Bonn über. Im August 1958 schließlich wurden die Gesandtschaften beider Länder schließlich zu Botschaften aufgewertet; die beiden ersten Botschafter, Son Won-il in Bonn und Richard Hertz in Seoul, konnten ihre Beglaubigungsschreiben überreichen (Choi 1983:244-245; Informationsministerium 1967:4-5).

Den Auftakt zu einer regen Besuchsdiplomatie zwischen Bonn und Seoul in den späten 50er und frühen 60er Jahren bildete im Juli 1958 die Visite des südkoreanischen Industrie- und Handelsministers, Kim Il-hwan, in der Bundesrepublik. Wie auch beim Gegenbesuch des deutschen Wirtschaftsministers, Ludwig Erhard, im Oktober desselben Jahres in Seoul ging es bei den deutsch-koreanischen Konsultationen um die Intensivierung der bilateralen Handelsbeziehungen. Diskutiert wurden darüber hinaus auch die Möglichkeiten einer deutschen Hilfestellung bei der industriellen Modernisierung Südkoreas, das sich erst langsam von den Folgen des Koreakrieges erholte.

Die bundesdeutsche Seite erklärte sich bereit, die Republik Korea im Rahmen von Kapitalhilfe und technischer Zusammenarbeit zu unterstützen. Gewünscht wurde von der Regierung in Bonn allerdings ein Abkommen zum Schutz deutscher Investitionen in Südkorea. Eine entsprechende bilaterale Vereinbarung konnte schließlich im Februar 1964 unterzeichnet werden. Bereits etwas mehr als zwei Jahre zuvor, im Dezember 1961, wurde in Bonn in Gegenwart des südkoreanischen Handels- und Industrieministers Chung Nae-hyuk ein Protokoll über die wirtschaftliche und technische Kooperation zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea unterzeichnet. Dieses Protokoll bildete in den Folgejahren die Grundlage für die umfangreiche finanzielle und technische Unterstützung Südkoreas von deutscher Seite. Allein für die Durchführung des ersten Fünfjahreswirtschaftsplans Südkoreas bewilligte die Bundesregierung langfristige Entwicklungskredite, Garantien und Bürgschaften in Höhe von 150 Mio. DM (siehe dazu auch Abschnitt 2).

Das deutsch-koreanische Verhältnis erreichte gegen Mitte der 60er Jahre seinen ersten Höhepunkt, der sich nicht nur in den schnell vertiefenden Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder, sondern auch in einer Reihe wichtiger offizieller Besuche im Jahre 1964 widerspiegelte. Zunächst hielt sich dabei der damalige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier auf Einladung des südkoreanischen Parlamentes, der Nationalversammlung, im Juni 1964 in Seoul auf. Gerstenmaier, wie wenig später

auch der scheidende deutsche Botschafter Karl Büniger, wurde dabei von Staatspräsident Park Chung-hee mit dem Diplomatischen Orden Erster Klasse der Republik Korea ausgezeichnet. Bei seinem Besuch versprach der Bundestagspräsident die Einrichtung eines Goethe-Instituts in Südkorea. Einige Monate später, im Juli 1967, folgte eine hochrangige Wirtschaftsdelegation unter Führung von Kurt Daniel vom Bundeswirtschaftsministerium, die nach Seoul kam, um das weitere Vorgehen bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu besprechen (Korean Businessmen's Association 1967:3-7).

Im Dezember 1964 stattete dann Park Chung-hee der Bundesrepublik Deutschland auf Einladung von Bundespräsident Heinrich Lübke einen offiziellen Staatsbesuch ab. Das Hauptaugenmerk von General Park, der 1961 die Macht in Südkorea übernommen hatte und 1963 vom südkoreanischen Volk zum Präsidenten gewählt worden war, richtete sich auf die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes. Der industrielle Wiederaufstieg der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg galt ihm dabei als ein besonderes Vorbild. Parks Deutschlandbild war offenbar etwas verklärt. In seinem 1962 veröffentlichten Buch *Das Land, die Revolution und ich* führte er die dynamische Wirtschaftsentwicklung in Deutschland auf die Tüchtigkeit und die schöpferische Initiative der Unternehmer sowie die hervorragende politische Führung in Deutschland zurück. Zudem lobte er die „deutsche“ Hochachtung für Ordnung und Arbeit und forderte seine Landsleute auf, es den Deutschen an Tüchtigkeit gleichzutun.

Um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik zu festigen und sich mit eigenen Augen einen Überblick über das „deutsche Wirtschaftswunder“ zu verschaffen, entschied sich Park, die erste Auslandsreise nach seinem Amtsantritt als Staatspräsident in die Bundesrepublik zu unternehmen. Im Mittelpunkt des Staatsbesuchs, dem ersten eines südkoreanischen Präsidenten in Europa, standen Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Für Park war das Ziel der Weiterführung und Intensivierung der deutschen Kapitalhilfe und technischen Zusammenarbeit sowie des bilateralen Handels eng mit der Diversifizierung der südkoreanischen Außenwirtschaftsbeziehungen und damit einer Verringerung der entsprechenden Abhängigkeit von den USA verbunden. Zwar wurde bei dem Staatsbesuch auch verschiedentlich das gemeinsame Problem der Teilung der beiden Staaten erörtert, aber ein Blick auf die konkreten Ergebnisse der Visite unterstreicht die Dominanz wirtschaftlicher Fragen. So wurden unter anderem ein weiteres Abkommen über deutsche Kapitalhilfe in Höhe von 54 Mio. DM und eine Vereinbarung über eine neue Bürgerschaftshilfe von 105 Mio. DM unterzeichnet, ein Abkommen über technische Zusammenarbeit vorangetrieben und schließlich ein bilaterales Handelsabkommen sowie ein Schiffsverkehrsprotokoll paraphiert. Zudem wurde die Einrichtung eines Gemeinsamen Ausschusses vereinbart, und die Bundesregierung sagte die Entsendung von Wirtschaftssachverständigen zu.

Park Chung-hee machte während seiner Visite in Bonn, Köln, Berlin und München Station, besichtigte Industrieanlagen im Ruhrgebiet und traf dort auch auf einer Zeche mit südkoreanischen Bergleuten zusammen. Bundespräsident Lübke ehrte

Park mit der Sonderstufe des Großkreuzes des Verdienstordens, während Park seinerseits Lübke den höchsten Orden der Republik Korea („Mugunghwa“) verlieh. Nach Seoul zurückgekehrt, verfaßte Park einen Artikel über seinen Staatsbesuch in der Bundesrepublik, in dem er seine Landsleute dazu aufforderte, den Wiederaufbau Deutschlands „nicht als ein Wunder, sondern als eine Kristallisierung des Blutes und Schweißes von 57 Millionen Deutschen anzusehen“. Damit verbunden, gab er an sie die Parole „Fleiß, Bescheidenheit und Sparsamkeit“ aus (Choi 1983:247-270; Han 1991:119-127; Hielscher 1988:14-17).

Verstimmungen und Verbindendes: Die bilateralen Beziehungen zwischen 1967 und 1979

In einem ähnlich positiven und freundschaftlichen Klima wie der Staatsbesuch Parks erfolgte der Gegenbesuch von Bundespräsident Lübke in Südkorea im März 1967, in dessen Mittelpunkt Konsultationen zu politischen und wirtschaftlichen Themen standen. Schon kurz darauf sollte das deutsch-koreanische Verhältnis jedoch auf das Empfindlichste gestört werden. Im Sommer desselben Jahres wurden in der Bundesrepublik 17 südkoreanische Staatsbürger von Mitgliedern des berüchtigten Geheimdienstes Korean Central Intelligence Agency (kurz KCIA) nach Seoul verschleppt, wo die meisten der Entführten wegen Spionage angeklagt wurden. Von den südkoreanischen Sicherheitsbehörden wurde ihnen vorgeworfen, mit der Botschaft Nordkoreas in Ost-Berlin in Verbindung gestanden zu haben, Geld und Propagandamaterial von den Nordkoreanern angenommen zu haben, Nachrichten geliefert und auf Vermittlung der Botschaft Reisen nach Pjöngjang unternommen zu haben. Diese Vergehen konnten auf der Grundlage des Nationalen Sicherheitsgesetzes Südkoreas mit dem Tod bestraft werden.

Die Bundesregierung zeigte sich empört über die Entführungen und die Verletzung ihrer Souveränität durch den südkoreanischen Geheimdienst. Von der Regierung in Seoul verlangte sie nicht nur eine Abberufung der Mitglieder der südkoreanischen Botschaft in Bonn, die in die Entführungen verwickelt waren, sowie eine offizielle Entschuldigung für den Vorfall, der als Ost-Berlin-Spionageaffäre Schlagzeilen machte, sondern auch die sofortige Freilassung der Verschleppten. Die Regierung in Seoul kam den beiden ersten Forderungen schon bald nach, um den Schaden für die bilateralen Beziehungen zu begrenzen. Indes zeigte sie sich in bezug auf die Forderung nach einer Freilassung der Entführten, unter denen der bekannte Komponist Isang Yun war, uneinsichtig. Sie argumentierte dabei, daß die Aktion aus Gründen der nationalen Sicherheit unvermeidlich gewesen sei und die Verdächtigen freiwillig mit nach Südkorea gekommen seien, um sich gegen die Vorwürfe, die ihnen gegenüber erhoben wurden, zu verteidigen. Die Bundesregierung akzeptierte die Ausführungen Seouls jedoch nicht und entschloß sich schließlich, die bilaterale Entwicklungshilfe an Südkorea einzufrieren.

Auch die Vermittlungsversuche eines südkoreanischen Sonderemissärs änderten nichts an der Haltung der Bundesrepublik. Offensichtlich hatte man in Seoul nicht mit einer derartigen Reaktion gerechnet, sondern auf das Verständnis der bundesdeutschen Regierung vertraut. Bonn entsandte einen juristischen Beobachter zu dem Prozeß gegen die Angeklagten in Seoul, die schließlich in dritter Instanz zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Erst Anfang 1969 konnte das Problem gelöst werden, als die südkoreanische Regierung einer Sonderdelegation des deutschen Außenministeriums eine Begnadigung der Verurteilten zusagte. Dennoch wirkte die schwere Belastung des Verhältnisses zwischen Bonn und Seoul infolge der Entführungen unerschütterlich noch einige Jahre fort (vgl. Kleiner 1992:292 sowie im Detail Han 1991:132-147).

Wie der Fernostkorrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, Gebhard Hielscher (1988:22-23), in diesem Zusammenhang feststellt, war

[d]ie frühere Unbefangenheit im Umgang miteinander ... nachhaltig gestört. Die durch den Vorfall offenbar gewordenen dunkleren Seiten der südkoreanischen Innenpolitik hatten in der Bundesrepublik ein politisches Interesse an dem bis dahin so fernen Land geweckt. An die Stelle der eher abstrakten Sympathie für Südkorea wegen des gemeinsamen Schicksals der Teilung trat eine konkrete Anteilnahme an den innenpolitischen Auseinandersetzungen in Südkorea um Demokratie, Menschenrechte und eine glaubwürdige Politik gegenüber dem Norden.

Mit der Visite von Außenminister Walter Scheel in Südkorea im Mai 1970 wurde zumindest auf der offiziellen Ebene ein Schlußstrich unter die Affäre gezogen. Scheel konnte dabei die Freilassung derjenigen aus Deutschland entführten Südkoreaner erreichen, die noch inhaftiert waren. Im übrigen stand im Mittelpunkt des Besuches die Unterzeichnung eines bilateralen Kulturabkommens, das die Grundlage für die lange versprochene Eröffnung eines Goethe-Instituts in Seoul schuf. Darüber hinaus wurde von Scheel und seinem südkoreanischen Amtskollegen Choi Kyu-ha eine Vereinbarung über die Gründung eines koreanisch-deutschen Berufsausbildungszentrums in Pusan unterzeichnet, in dem Facharbeiter und Techniker geschult werden sollten. Dem südkoreanischen Wunsch nach weiteren Aufbaukrediten stand die Bundesregierung ebenfalls positiv gegenüber, wie Scheel erklärte. Dagegen mußte sie die Regierung in Seoul, die darauf drang, den wachsenden deutsch-nordkoreanischen Handel zu beschränken, darauf hinweisen, daß sich die Bundesregierung im Regelfall nicht in die Geschäftstransaktionen privater Unternehmen einmische.

Im Gefolge der Ostpolitik der neuen sozial-liberalen Koalition in Bonn ergaben sich auch für den Dialog zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea über Fragen der Wiedervereinigung beider Länder neue Impulse. Sowohl die Bundesrepublik als auch Südkorea hatten bis in die 60er Jahre am nationalen Alleinvertretungsanspruch festgehalten; ähnlich wie die Bundesrepublik im Rahmen der Hall-

stein-Doktrin lehnte es Südkorea ab, mit Nationen diplomatische Beziehungen aufzunehmen, die auch zu Nordkorea entsprechende Beziehungen unterhielten. Bundeskanzler Willy Brandt rückte jedoch vom Alleinvertretungsanspruch ab und sprach bereits in seiner ersten Regierungserklärung von „zwei deutschen Staaten“. Dieser Einsicht in die real gegebenen Verhältnisse folgten 1970 Verträge mit der Sowjetunion und Polen sowie 1971 das Berliner Viermächteabkommen, die den Weg für Entspannung in den Ost-West-Beziehungen in Europa ebneten. Auf der deutsch-deutschen Ebene eröffnete der Abschluß des Grundlagenvertrages mit der DDR im Dezember 1972 die Möglichkeit einer pragmatischen Verbesserung der Beziehungen zwischen den Regierungen in Bonn und Ost-Berlin sowie einer Intensivierung der Kontakte zwischen den Menschen beider deutscher Staaten.

Die Regierung in Seoul verfolgte diese Entwicklungen mit besonderem Interesse, um möglicherweise daraus Lehren für das innerkoreanische Verhältnis ziehen zu können. So hielt sich beispielsweise im Februar 1970 der südkoreanische Minister für Nationale Wiedervereinigung, Shin Tai-hwan, zu einem Erfahrungsaustausch mit dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, und anderen Personen in der Bundesrepublik auf. Weitere südkoreanische Besuche in der Bundesrepublik auf Minister- und hoher Beamtenebene sowie ein Gegenbesuch Frankes in Seoul folgten bis Ende 1972. Bereits in den Jahren zuvor hatte sich ein intensiver Dialog zwischen den beiden Ministerien und entsprechenden Forschungsinstituten der beiden Länder entwickelt.

Anders als in Deutschland resultierte allerdings aus den innerkoreanischen Gesprächen 1971/72 keine langfristige Entspannung. Bereits kurz nach der „Gemeinsamen Erklärung des Südens und des Nordens“ vom Juli 1972, in der unter anderem einige grundlegende Prinzipien zur Wiedervereinigung postuliert und verschiedene Austauschprogramme vereinbart worden waren, geriet der innerkoreanische Dialog wieder in eine Sackgasse. Die Unterschiede zwischen den umfassenden Forderungen des Nordens und den Vorstellungen des Südens, die auf einen schrittweisen Prozeß der Annäherung ausgerichtet waren, erwiesen sich einfach als unüberbrückbar. Insbesondere die Forderung Pyongyangs nach einem sofortigen Abzug der US-Truppen aus Südkorea war für Seoul inakzeptabel (Han 1991:148-165).

Eine weitgehende Funkstille kennzeichnete die Beziehungen zwischen den Regierungen in Bonn und Seoul zwischen 1973 und 1979. 1972 hatte die Entführung des südkoreanischen Oppositionspolitikers Kim Dae-jung aus einem Hotel in Tokyo noch einmal die Beziehungen zwischen Bonn und Seoul belastet. Mit dem Scheitern der innerkoreanischen Annäherung ebte dann auch zunächst das Bedürfnis nach einem Dialog auf hoher und höchster Staatsebene ab, wie das die Tatsache unterstreicht, daß zwischen 1973 und 1979 mit Egon Franke (1977) nur ein bundesdeutscher Minister Südkorea besuchte. Diese Funkstille war nicht zuletzt auf die Mißachtung der Menschenrechte in der zweiten Hälfte der Regierungszeit von Präsident Park zurückzuführen. Diese zeitweise Entfremdung konnte erst Ende des Jahrzehnts wieder ansatzweise überwunden werden. Etwas Schwung in die Beziehungen brachten in diesem Zusammenhang gegenseitige Besuche im Jahr 1979: Im Juni besuchte

der südkoreanische Sonderbeauftragte und ehemalige Ministerpräsident Kim Jong-pil, der unter anderem auch mit Bundeskanzler Helmut Schmidt zusammentraf, die Bundesrepublik, während der deutsche Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff im Oktober desselben Jahres nach Seoul reiste.

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea seit den 80er Jahren

Allerdings resultierte aus diesen Visiten kein anhaltendes Momentum für das Verhältnis zwischen Bonn und Seoul, da der neue Staatspräsident Südkoreas, Chun Doo-hwan, weitgehend an den autoritären Methoden von Park Chung-hee festhielt. Insbesondere die blutige Niederschlagung des Bürgeraufstandes von Kwangju im Jahre 1980 und die darauf folgende erneute Verhaftung von Kim Dae-jung belasteten die bilateralen Beziehungen von neuem. Kim Dae-jungs Verurteilung zum Tode wegen angeblicher Umsturzpläne gegen die Regierung lösten in der westlichen Welt Entsetzen und Empörung aus. Zahlreiche führende deutsche Politiker setzten sich für eine Begnadigung Kims ein. Der vereinte Druck von seiten der USA, Japans, der Bundesrepublik und anderer Staaten führte schließlich dazu, daß Kim tatsächlich im Februar 1981 zu lebenslanger Haft begnadigt wurde.

Kurz nach der Begnadigung Kims begannen auch deutsche Politiker wieder, Südkorea offizielle Visiten abzustatten. Auf Regierungsebene machte dabei Wirtschaftsminister Lambsdorff im Juni 1981 den ersten Schritt, sein südkoreanischer Amtskollege weilte drei Monate später in Bonn. Im folgenden Jahr, 1982, ging aus den Bundestagswahlen eine Koalition aus Christdemokraten und Liberalen als Siegerin hervor. Eine Delegation der neuen Bundesregierung, die sich im November desselben Jahres in Südkorea aufhielt, versicherte der Führung in Seoul, daß sich trotz der zwischenzeitlichen Avancen Nordkoreas gegenüber dem Westen im allgemeinen und der Bundesrepublik im besonderen nichts am Verhältnis zwischen Bonn und Seoul ändern werde. Offizielle Beziehungen mit Pyongyang, so die Botschaft, würden erst aufgenommen werden, wenn auch gleichzeitig wichtige Länder des kommunistischen Blocks diplomatische Beziehungen mit Südkorea aufnahmen. Zudem werde ein solcher Schritt in jedem Fall mit Seoul abgestimmt.

Einige Monate später unterstrich die Bundesregierung ihre Solidarität mit Südkorea in einem anderen Fall: Im September 1983 schossen sowjetische Kampfflugzeuge ein südkoreanisches Zivilflugzeug mit 269 Personen an Bord ab, das in den Luftraum der UdSSR geraten war. Die Bundesregierung verurteilte dies als „Akt der Barbarei“ und unterstützte in verschiedenen Gremien die südkoreanischen Forderungen nach Entschuldigung, Entschädigungen sowie Bestrafung der Verantwortlichen. Bei seinem Besuch in Bonn im Juli 1984, dem ersten eines südkoreanischen Außenministers seit 1973, bedankte sich Lee Won-kyung bei der Bundesregierung für die Verurteilung des Abschusses des Passagierflugzeuges durch die Sowjetunion. Beide Seiten bewerteten zudem den Stand der deutsch-koreanischen Beziehungen als be-

friedigend, bezeichneten jedoch eine Verbesserung der Beziehungen - wo immer möglich - als wünschenswert (vgl. ebd.:165-195).

Gelegenheiten zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen ergaben sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre durch die Besuche von Chun Doo-hwan und seinem Nachfolger im Amt des Staatspräsidenten, Roh Tae-woo, in der Bundesrepublik. Daß die Beziehungen aber noch nicht auf die freundschaftliche, wenn nicht gar herzliche Ebene der 60er Jahre zurückgekehrt waren, zeigt die Tatsache, daß der dreitägige Besuch von Chun im April 1986 als Arbeitstreffen und nicht etwa als Staatsbesuch deklariert wurde. Zudem vergingen zwischen der Einladung und dem Besuch selbst nahezu drei Jahre, offenbar nicht zuletzt, weil die Stimmung in der Bundesrepublik gegenüber Chun wegen der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Südkorea als nicht positiv eingeschätzt wurde. So wurde die Visite Chuns auch von Kundgebungen sowie Pressekonferenzen der Oppositionsparteien und Nichtregierungsorganisationen begleitet, auf denen diese mehr Demokratie in Südkorea forderten.

Zum ersten deutsch-südkoreanischen Gipfeltreffen in fast 20 Jahren, genauer seit dem Staatsbesuch von Bundespräsident Lübke in Südkorea 1967, kam es im Rahmen des Besuchs von Chun in der Bundesrepublik im April 1986. Der südkoreanische Staatspräsident traf dabei mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker zusammen. Konkrete Ergebnisse der Visite Chuns in der Bundesrepublik bildeten neben einigen Vertragsabschlüssen zwischen deutschen und koreanischen Unternehmen zwei Abkommen über Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technischen Bereich sowie bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie (vgl. ebd.:196-210). Die positive Richtung, in welche sich die Beziehungen zwischen Bonn und Seoul nach der Einleitung des Demokratisierungsprozesses in Südkorea 1987 entwickeln sollten, offenbarte sich bereits zu einem guten Teil während des Staatsbesuches von Roh Tae-woo in der Bundesrepublik im November 1989. Im Mittelpunkt seiner Gespräche mit Bundeskanzler Kohl und Bundespräsident von Weizsäcker standen unter anderem die Reformbewegungen in Osteuropa, die Entwicklungen in der DDR, die innerdeutschen Beziehungen und das Verhältnis zwischen Nord- und Südkorea sowie Fragen der Zusammenarbeit auch im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt.

Die wieder wachsende Dichte der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Südkorea wurde durch das dritte Zusammentreffen der Staatsoberhäupter der beiden Länder innerhalb von weniger als fünf Jahren verdeutlicht: Im Februar 1991 weilte Bundespräsident von Weizsäcker im Süden der koreanischen Halbinsel, wo er Gespräche mit Staatspräsident Roh Tae-woo und anderen Regierungsvertretern führte. Inhaltlich ging es dabei sowohl um die bilateralen Beziehungen als auch um internationale Fragen wie den Golfkonflikt sowie Möglichkeiten der Überwindung der Teilung Koreas. Weizsäcker besuchte auch die entmilitarisierte Zone zwischen dem Norden und dem Süden und traf mit Kirchenvertretern zusammen, wobei sich der Bundespräsident insbesondere für die Lage der Menschenrechte in Südkorea interessierte.

In freundschaftlicher Atmosphäre verliefen die Gespräche zwischen dem ersten demokratisch gewählten Zivilisten an der Spitze Südkoreas, Kim Young-sam, und Bundeskanzler Helmut Kohl während dessen Koreavisite im März 1993. Bundeskanzler Kohl besprach dabei mit Präsident Kim und dem Ministerpräsidenten Hwang In-sung die bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie das Verhältnis zwischen den beiden Teilen der koreanischen Halbinsel. In seiner Rede vor der koreanischen Nationalversammlung wünschte Bundeskanzler Kohl Korea eine baldige Vereinigung: „(W)as in Deutschland und Europa möglich war, das wird auch in Korea möglich sein.“ Er empfahl beiden koreanischen Staaten, „geduldig aufeinander zuzugehen und miteinander zu reden“; eine entscheidende Rolle in den Zeiten der Trennung würden die menschlichen Begegnungen über die Grenzen hinweg spielen, so Kohl damals.

Im Rahmen einer Europareise stattete Kim Young-sam dann im März 1995 der Bundesrepublik einen Besuch ab. Im Mittelpunkt seiner Gespräche standen dabei die bilateralen Beziehungen sowie Wirtschafts- und Handelsfragen. Zweieinhalb Jahre später, im Oktober 1997, hielt sich mit Klaus Kinkel auch wieder ein deutscher Außenminister in Südkorea auf. Dabei wurde unter anderem die Einrichtung eines regelmäßig tagenden Beratungsgremiums zu Vereinigungsfragen, bestehend aus Beamten der Außenministerien der Bundesrepublik und Südkorea, vereinbart (*Newsreview*, 1.11.97). Mitte November 1997 wurde zudem eine Grundsatzvereinbarung über die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsindustrie unterzeichnet. Das Abkommen soll weitreichender sein als alle bisher in diesem Bereich abgeschlossenen Vereinbarungen der Bundesrepublik mit Staaten außerhalb der NATO (*Süddeutsche Zeitung*, 18.11.97).

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea wieder weitgehend das freundschaftliche Niveau erreicht haben, das sie bereits in den 50er und 60er Jahren auszeichnete. Hinzugetreten ist eine gewisse Reife, wie sie die Beziehungen zwischen zwei Staaten charakterisieren sollte, die seit rund vierzig Jahren miteinander diplomatische Beziehungen unterhalten.

2 Die deutsch-koreanischen Wirtschaftsbeziehungen

Eine wichtige Rolle kam in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen in den 60er und 70er Jahren der Unterstützung aus Bonn für die industrielle Entwicklung Südkoreas in Form von Kapitalhilfe (öffentliche Kredite) und technischer Hilfe (Transfer von Technologie und Management-Know-how) zu. Dies ist natürlich primär dadurch zu erklären, daß die Bundesrepublik infolge des „deutschen Wirtschaftswunders“ mit Beginn der 60er Jahre wieder ihre angestammte Position als zentrale Wirtschaftsmacht in Europa einzunehmen begann, während Südkorea zur gleichen Zeit erst dabei war, seine Transformation von einer agrarisch geprägten Nation zu einem

industriellen Schwellenland einzuleiten. Zudem betonte die südkoreanische Regierung in bezug auf die Kapital- und Technologieeinfuhr aus dem Ausland bis in die späten 70er Jahre Kapitalimporte und Technologietransfer, die nicht mit ausländischer Managementkontrolle einhergingen, um so eine bessere staatliche Kontrolle über den industriell-technologischen Aufbauprozess des Landes gewährleisten zu können und eine dominante Position ausländischer Unternehmen in Südkorea zu verhindern.

Infolge des raschen industriellen Aufholprozesses in der Republik Korea traten jedoch in den 80er Jahren Kapitalhilfe und technische Zusammenarbeit, die von staatlicher Seite arrangiert wurden, in den Hintergrund. Direktinvestitionen und Technologietransfer bundesdeutscher Unternehmen gewannen nun an Bedeutung, während gleichzeitig der bilaterale Handel immer weiter expandierte und Produkte mit höherer Wertschöpfung dabei auch bei den südkoreanischen Ausfuhren eine immer größere Rolle spielten. Auf bundesdeutscher Seite dominierten sowohl bei den Exporten als auch bei den Direktinvestitionen und Technologietransfers weiterhin traditionelle Stützen der deutschen Industrieentwicklung wie der Maschinenbau, die chemische und die Elektronikindustrie. Schließlich begannen mit den späten 80er und verstärkt den frühen 90er Jahren auch südkoreanische Direktinvestitionen in Deutschland einen bedeutsamen Umfang zu erreichen. Im folgenden soll im einzelnen auf die Entwicklung der deutsch-südkoreanischen Wirtschaftsbeziehungen eingegangen werden, wobei zunächst die deutsche Kapitalhilfe und technische Zusammenarbeit dargestellt werden. Anschließend wird die Entwicklung des bilateralen Handels sowie die der Direktinvestitionen und privatwirtschaftlichen Technologietransfers beleuchtet.

Kapitalhilfe und technische Zusammenarbeit²

Die Grundlage für die bundesdeutsche Kapitalhilfe an die Republik Korea bildete ein Protokoll über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern, das im Dezember 1961 unterzeichnet wurde. Die Bundesrepublik Deutschland wurde damit zum ersten Land, das Südkorea Kapitalhilfe gewährte. Kredite, die im Rahmen dieser Finanzierungshilfe vergeben wurden, waren nicht an Lieferungen aus Deutschland geknüpft und wiesen recht günstige Rückzahlungsbedingungen auf. So hatten die entsprechenden Kredite ursprünglich eine Laufzeit von 30 Jahren bei einem Zahlungsaufschub von zehn Jahren und einem Zinssatz von 2% pro Jahr. Bei den von 1978 an gewährten Entwicklungshilfekrediten wurden die Laufzeit auf 20 Jahre und der Zahlungsaufschub auf fünf Jahre gesenkt und ein Zinssatz von 5% pro Jahr ausgemacht. Bis zur Einstellung der Kapitalhilfe im Jahre 1982

² Dieser Abschnitt stützt sich, wo nicht anders vermerkt, auf das Informationsministerium, Republik Korea (1967:6-9), Han (1991:268-276) sowie Kleiner (1992:290-291). Siehe auch im Detail Kim Moo-Hyoung (1992:154-165).

erhielt Südkorea von der Bundesrepublik Entwicklungshilfekredite in einem Gesamtvolumen von 590 Mio. DM (BfAI 1997:4).

Schwerpunktmäßig wurde mit diesen Mitteln der Aufbau der Infrastruktur in Korea gefördert, wie Projekte in den Bereichen des Fernmeldewesens, der Elektrizitätsversorgung, des Signalanlagensystems für die Eisenbahn oder der Wasserversorgung und Abwasserklärung in der Stadt Pusan bezeugen. Darüber hinaus wurden verschiedene landwirtschaftliche Projekte gefördert und Kredite an öffentliche Banken in Südkorea vergeben, die ihrerseits damit Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie in der Landwirtschaft unterstützten. Durch bundesdeutsche Kapitalhilfe wurde in den frühen 60er Jahren unter anderem auch der Ausbau des Kohlebergbaus gefördert.

Neben günstigen Darlehen wurde auch eine Vielzahl kommerzieller Kredite aus Deutschland nach Südkorea vergeben, die für Industrieprojekte verwandt wurden. Der erste langfristige kommerzielle Kredit aus dem Jahre 1961 in Höhe von 18,75 Mio. US\$ wurde beispielsweise für den Bau einer Zementfabrik, einer Elektromaschinenfabrik, einer Viskose-/Seidengarnfabrik sowie einer Hanftextilfabrik genutzt. Mit dem zweiten langfristigen Kredit aus dem Jahre 1964 in gleicher Höhe wurden ein Stahlwerk in Inchon, eine Druckpapierfabrik, der Ausbau einer Kunstdüngerfabrik und eine Textilmaschinenfabrik gefördert. Ein dritter langfristiger kommerzieller Kredit aus dem Jahre 1966 in Höhe von 2,1 Mio. US\$ wurde schließlich für eine Nylonfabrik verwandt. Insgesamt konnten zwischen 1962 und 1967 mit den Darlehen aus Deutschland 26 Projekte realisiert werden.

Bundesdeutsches Kapital spielte somit für die Umsetzung des ersten Fünfjahreswirtschaftsplans der Republik Korea eine wichtige Rolle. Nach Angaben des südkoreanischen Finanzministeriums und der Korea Industrial Bank kamen zwischen 1962 und 1965 17,5% der öffentlichen Auslandskredite Südkoreas aus der Bundesrepublik. Nur die USA spielten während dieser Zeit eine noch wichtigere Rolle bei der südkoreanischen Kapitalbeschaffung im Ausland. Nach der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Tokyo und Seoul trat dann auch Japan verstärkt als Kapitalgeber auf. Entsprechend sank der bundesdeutsche Anteil an den öffentlichen Auslandskrediten Südkoreas bis 1972 und bis 1978 auf 2,3% bzw. 3,6% ab. Zu Beginn der 70er Jahre entwickelten sich internationale Finanzierungsorganisationen wie die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) zu den wichtigsten Quellen öffentlicher Kredite für Südkorea (vgl. Tab. 1). Deren Bedeutung hat jedoch im Vergleich mit anderen Kapitalquellen seit den 80er Jahren deutlich nachgelassen.

Nicht viel anders verhielt sich die Situation bei den kommerziellen Krediten Südkoreas aus dem Ausland. Auch hier spielte bundesdeutsches Kapital, vor allem in den 60er Jahren, eine wichtige Rolle bei der Kapitalbeschaffung Südkoreas. In der Folgezeit wurde die Bundesrepublik aber nicht nur von den Hauptkreditgebern USA und Japan, sondern auch von Großbritannien und Frankreich überrundet. Genau wie die öffentlichen Kredite verloren auch die kommerziellen Kredite als Mittel der Kapitalbeschaffung in den 80er Jahren im Vergleich etwa mit Direktinvestitionen aus

dem Ausland und Anleihen von südkoreanischen Banken und Unternehmen im Ausland an Bedeutung.

Tabelle 1: Einfuhr öffentlicher Kredite Südkoreas nach Herkunftsländern (auf Ankunftsbasis; Einheit: Mio. US\$, %)

	1962-65		1966-72		1973-78		1979-85		1986-92	
	Betrag	Anteil								
Intern. Finanzorganisationen	14	22,2	152	13,5	1.605	56,8	4.114	40,7	2.582	55,1
USA	38	60,3	685	60,6	867	25,3	2.660	26,3	75	1,6
Japan	-	-	256	22,6	516	15,0	896	8,9	1.252	26,7
Deutschland	11	17,5	25	2,3	122	3,6	71	0,7	46	1,0
Großbritannien	-	-	1	0,1	105	3,1	376	3,7	1	0,1
Frankreich	-	-	-	-	22	0,6	643	6,4	668	14,2
Gesamt	63	100,0	1.130	100,0	3.431	100,0	10.105	100,0	4.688	100,0

Quelle: Finanzministerium und Korea Industrial Bank 1993, verschiedene Seiten.

Tabelle 2: Einfuhr kommerzieller Kredite Südkoreas nach Herkunftsländern (auf Ankunftsbasis; Einheit: Mio. US\$, %)

	1962-65		1966-72		1973-78		1979-85		1986-92	
	Betrag	Anteil								
USA	28	39,4	607	31,1	1.548	26,4	1.716	21,6	133	2,6
Japan	-	-	531	27,2	1.270	21,7	1.696	21,4	2.370	45,5
Deutschland	23	32,4	167	8,6	241	4,1	237	3,0	250	4,8
Großbritannien	1	1,4	174	8,9	868	14,8	1.384	17,4	1.115	21,4
Frankreich	17	23,9	194	10,0	405	6,9	381	4,8	157	3,0
Gesamt	71	100,0	1.950	100,0	5.858	100,0	7.937	100,0	5.206	100,0

Quelle: Finanzministerium und Korea Industrial Bank 1993, verschiedene Seiten.

Die technische Zusammenarbeit mit Südkorea im Rahmen der Entwicklungshilfe wurde ebenfalls 1961 aufgenommen. Im März 1962 konnte in Incheon eine koreanisch-deutsche Berufsschule, die von deutscher Seite mit zunächst 475.000 US\$ finanziert worden war, ihre Pforten öffnen. In jeder der drei Abteilungen der Schule

(Maschinenbau, Elektrotechnik, Schweißen und Löten) wurden jeweils 60 Schüler ausgebildet. Ein weiteres koreanisch-deutsches Berufsausbildungszentrum, in dem ständig 390 Techniker ausgebildet wurden, entstand in den frühen 70er Jahren in Pusan. Von 1962 an wurden zudem auch koreanische Techniker zur Ausbildung nach Deutschland entsandt. Eine deutsche Gruppe von Wirtschaftsberatern, die zwischen 1964 und 1967 in Südkorea tätig war, wurde ebenfalls im Rahmen der technischen Zusammenarbeit finanziert.

Bis 1989, als keine neuen Zusagen mehr für durch Entwicklungshilfe finanzierte technische Zusammenarbeit gemacht wurden, stellte die Bundesrepublik insgesamt über 209 Mio. DM für Projekte in diesem Bereich zur Verfügung (BfAI 1997:4). Derzeit wird noch die Arbeit politischer Stiftungen in Südkorea über Zuschüsse aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert. Zahlreiche deutsche Techniker, Landwirte, Förster, Ärzte und andere Experten gelangten so nach Südkorea, um dort Wissen über die Land- und Forstwirtschaft, das Gesundheitswesen oder den Bergbau zu vermitteln, während andererseits einer Vielzahl von südkoreanischen Auszubildenden und Stipendiaten ein Aufenthalt zur Aus- und Weiterbildung in Deutschland ermöglicht wurde.

Entwicklung und Struktur des deutsch-südkoreanischen Handels

Die deutsch-südkoreanischen Handelsbeziehungen waren bis in die frühen 70er Jahre durch ein chronisches Handelsbilanzdefizit der koreanischen Seite gekennzeichnet.³ Bis dahin war die Bundesrepublik in der Regel nach Japan und den USA die dritt-wichtigste Quelle von Importen für Südkorea sowie nach den USA, Japan und Hongkong die viertwichtigste Destination für Exporte des Landes (vgl. Economic Planning Board 1974). Bereits während des Staatsbesuches von Präsident Park Chung-hee in Bonn im Dezember 1964 war ein bilaterales Handelsabkommen paraphiert worden, das einige Monate später, am 8. April 1965, in Seoul unterzeichnet wurde. Mit diesem Abkommen wurde die völkerrechtliche Basis für den bilateralen Handelsaustausch geschaffen. Vereinbart wurden dabei auch die Gewährung der Meistbegünstigung sowie die Bildung eines Gemischten Ausschusses auf Regierungsebene, der mindestens einmal im Jahr aktuelle Fragen bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Südkorea erörtert (vgl. Han 1991: 242-244).

Hatte sich das Volumen des deutsch-südkoreanischen Handels allein in den zehn Jahren von 1962 bis 1971 von rund 60 auf nahezu 310 Mio. DM mehr als verfünffacht, setzte sich das Tempo des Wachstums in den bilateralen Handelsbeziehungen auch in den 70er Jahren fort. Am Ende der Dekade, 1979, erreichte das Handelsvolumen bereits beinahe die Marke von drei Milliarden DM, was mehr als eine Ver-

³ Zur Entwicklung des bilateralen Handels vergleiche hier und im folgenden auch Tab. 3 sowie ausführlich Kim Moo-Hyoung (1992:189-237) und Yae (1997:55-87).

Tabelle 3: Entwicklung des deutsch-südkoreanischen Handels 1950-96
(Einheit: Mio. DM)

Jahr	Export	Import	Handelsbilanz
1950	1,1	0,6	+ 0,5
1953	7,4	0,2	+ 7,2
1956	57,3	6,2	+ 51,1
1959	116,1	1,0	+ 115,1
1962	58,6	2,1	+ 56,5
1963	89,1	3,8	+ 85,3
1964	85,3	10,5	+ 74,8
1965	88,5	17,1	+ 71,4
1966	82,0	21,9	+ 60,1
1967	171,0	20,6	+ 150,4
1968	256,3	35,0	+ 221,3
1969	251,1	46,4	+ 204,7
1970	218,0	71,5	+ 146,5
1971	211,4	96,6	+ 114,8
1972	176,8	149,0	+ 27,8
1973	252,9	297,8	- 44,9
1974	355,8	518,9	- 163,1
1975	492,8	743,1	- 250,3
1976	515,6	1.017,5	- 501,9
1977	739,2	1.207,1	- 467,9
1978	1.008,1	1.356,5	- 348,4
1979	1.465,7	1.473,6	- 7,9
1980	958,9	1.817,7	- 858,8
1981	998,3	2.094,5	- 1.096,2
1982	1.185,1	2.056,0	- 870,9
1983	1.389,3	2.202,2	- 803,9
1984	1.779,0	2.381,5	- 602,5
1985	2.012,1	2.556,7	- 544,6
1986	2.563,7	3.080,4	- 516,7
1987	2.699	4.013	- 1.214
1988	3.258	4.529	- 1.271
1989	4.173	4.529	- 62
1990	4.703	4.487	+ 216
1991	5.115	5.584	- 470
1992	4.814	5.378	- 563
1993	5.712,2	5.692,5	+ 19,7
1994	7.376,1	6.827,5	+ 548,6
1995	8.751,2	7.536,3	+ 1.214,9
1996	9.868,4	6.460,3	+ 3.408,1

Quelle: Angaben für 1950 bis 1986: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, zitiert nach Han (1991:243), Angaben für 1987 bis 1992: Statistisches Bundesamt (1992, 1995b), Angaben für 1993 bis 1996: Statistisches Bundesamt (1994, 1995c, 1996, 1997).

neufachung des Güteraustausches innerhalb von nur acht Jahren bedeutete. Bemerkenswert ist dabei vor allem, daß Südkorea seit 1973 einen Überschuß in der bilateralen Handelsbilanz verbuchen konnte, der 1976 mit über 500 Mio. DM den ersten Höhepunkt erreichte. Motor für die Exportsteigerungen Südkoreas waren die rasch wachsenden Textilexporte des Landes, die nicht nur den wichtigsten Platz unter den koreanischen Exporten nach Deutschland einnahmen, sondern dort im Gegensatz zu den USA auch keinen Einfuhrbeschränkungen ausgesetzt waren. Zudem profitierte Südkorea auch von der Einführung des allgemeinen Systems der Zollpräferenzen gegenüber Entwicklungsländern durch die Europäische Gemeinschaft. In den 70er Jahren war Südkorea einer der größten Nutznießer dieses Systems, das niedrigere Zollsätze für bestimmte Importe aus Entwicklungsländern vorsieht (vgl. ebd.:245-247).

Auch in den 80er Jahren verbuchte die südkoreanische Seite bei einem weiterhin hohen Wachstum des bilateralen Güteraustausches stetige Überschüsse in der Handelsbilanz. Bereits 1981 überschritt der Handelsüberschuß Südkoreas erstmals die Marke von einer Milliarde DM. Während sich das Volumen des deutsch-koreanischen Handels zum Ende des Jahrzehnts einer Größenordnung von neun Milliarden DM annäherte, ging jedoch gleichzeitig der Handelsüberschuß Südkoreas zurück. 1990 konnte die Bundesrepublik erstmals seit mehr als 15 Jahren wieder einen eigenen Überschuß im bilateralen Handel verbuchen. Dieser verkehrte sich zwar in den beiden Folgejahren wieder in ein Defizit, aber seit 1993 weist Deutschland einen kontinuierlichen Überschuß im Handel mit Südkorea auf. 1996 beispielsweise wurden wertmäßig nahezu 3,5 Mrd. DM mehr Waren nach Südkorea exportiert als von dort importiert wurden. Im selben Jahr erreichte der gesamte bilaterale Warenaustausch die neue Rekordmarke von 16,3 Mrd. DM, was dem 160fachen des Handelsvolumens von 1966, also 30 Jahre zuvor, entsprach.

Für Deutschland und Südkorea ist die Bedeutung des jeweils anderen Landes als Handelspartner allerdings recht unterschiedlich. So lag Südkorea 1996 mit rund einem Prozent nur an 23. Stelle bei den deutschen Importen und mit rund 1,3% an 18. Stelle bei den Ausfuhren (BfAI 1997:4; Statistisches Bundesamt 1997:11). Nach südkoreanischen Statistiken war die Bundesrepublik für Südkorea im selben Jahr mit 4,8% nach Japan, den USA und der VR China die viertwichtigste Quelle von Importen sowie mit 3,6% nach den USA, Japan, der VR China, Hongkong und Singapur die sechstwichtigste Exportdestination (vgl. National Statistical Office 1997).

Erwartungsgemäß hat sich die Struktur des deutsch-südkoreanischen Handels vor dem Hintergrund der sich wandelnden Wettbewerbsvorteile der beiden Länder stark verändert. Dies gilt angesichts der Dynamik der industriellen Transformation in Südkorea insbesondere für die koreanischen Exporte in die Bundesrepublik. Wie erwähnt, dominierten hier noch bis in die 80er Jahre Textilerzeugnisse. Im Laufe der 80er und frühen 90er Jahre traten dann aber verstärkt Produkte der Elektronik- und der Automobilindustrie sowie des südkoreanischen Maschinenbaus hinzu. 1996 sah die Zusammensetzung der wichtigsten deutschen Importe aus Südkorea wie folgt aus: elektrotechnische Erzeugnisse 43,8%, Maschinen 13,8%, Kfz 12,2%, Beklei-

dung 5,5%, Eisenwaren 3,5%, feinmechanische und optische Erzeugnisse 2,2%, Schuhe und Lederwaren 2,1%.

Auch in bezug auf die deutschen Exporte nach Südkorea dominieren der Maschinenbau, die Elektro- und die Automobilindustrie, allerdings mit anderer Gewichtung, wie die Zusammensetzung der entsprechenden Exporte im Jahre 1996 zeigt: Maschinen 38,8%, elektrotechnische Erzeugnisse 15,4%, Kfz 11,3%, chemische Vorerzeugnisse 7,4%, chemische Enderzeugnisse 5,2%, feinmechanische und optische Erzeugnisse 3,9%. Eine ähnliche Schwerpunktsetzung wie bei den Exporten findet sich im übrigen auch bei den deutschen Direktinvestitionen und Technologietransfers nach Südkorea, auf die im folgenden Abschnitt eingegangen wird.

Im Gegensatz zum Handel der Bundesrepublik mit der Republik Korea hat sich der mit Nordkorea in der Regel auf recht niedrigem Niveau bewegt und war starken Schwankungen ausgesetzt. So variierte von 1960 bis 1969 das bilaterale Handelsvolumen zwischen 1,5 und 132 Mio. DM. In den 70er Jahren bewegte sich der Handelsaustausch dann mit 45 Mio. DM an der unteren Grenze und mit 311 Mio. DM (1975) an der oberen Grenze. Nachdem 1984 mit 460 Mio. DM der absolute Höhepunkt im bilateralen Warenaustausch erreicht wurde (der deutsch-südkoreanische Handel überschritt im selben Jahr die 4-Mrd.-DM-Marke), verringerte sich das Handelsvolumen bis 1988 wieder auf 150 Mio. DM. 1996 wurden Waren im Wert von 112,5 Mio. DM ausgetauscht, was rund 0,7% des Handelsvolumens zwischen der Bundesrepublik und Südkorea im selben Jahr entsprach.

**Tabelle 4: Der deutsch-nordkoreanische Handel in ausgewählten Jahren
(Einheit: Mio. DM)**

Jahr	Exporte	Importe	Handelsbilanz
1960	1,9	8,1	- 6,1
1965	6,5	8,3	- 1,8
1970	27,2	46,6	- 19,6
1975	187,3	124,2	+ 63,1
1980	60	341	- 280
1985	70	174	- 103
1990	79	87	- 8
1996	50,9	61,6	- 10,7

Anmerkung: Die Zahlenangaben geben Rundungen wieder.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1977, 1986, 1995a, 1997).

Direktinvestitionen und Technologietransfer

Wie bereits angeklungen ist, hat die Republik Korea in den 60er und 70er Jahren eine recht restriktive und selektive Politik gegenüber Direktinvestitionen und Technologietransfers aus dem Ausland verfolgt. Direktinvestitionen (DI) wurden in der Regel nur in solchen Bereichen zugelassen oder gefördert, in denen keine direkte Konkurrenz mit einheimischen Unternehmen zu befürchten oder in denen an das notwendige technologische Know-how nicht auf anderem Wege zu gelangen war. Zudem wurden außerhalb von Exportsonderzonen in der Regel statt hundertprozentigen Tochterunternehmen nur Joint Ventures mit südkoreanischen Unternehmen genehmigt. Auch Technologietransfers aus dem Ausland wurden sorgsam auf ihre Notwendigkeit sowie die Bedingungen des Transfers hin überprüft. Erst seit den späten 70er Jahren wurden das Technologietransferregime und später auch die Bestimmungen zu Direktinvestitionen schrittweise liberalisiert. Mit Beginn der 90er Jahre schließlich sind ausländische DI in Südkorea von staatlicher Seite stark gefördert worden, da in vielen Bereichen nicht auf andere Art das technologische Know-how erworben werden kann, das auf Südkoreas gegenwärtiger Industrialisierungsstufe vonnöten ist. Insgesamt haben Direktinvestitionen in Südkoreas bisherigem Kapitalakkumulations- und Industrialisierungsprozeß nur eine beschränkte Rolle gespielt.

So sind nach südkoreanischen Regierungsangaben zwischen 1962 und 1996 ausländische DI in einem Gesamtvolumen von knapp 17,7 Mrd. US\$ genehmigt worden. Dies entspricht ziemlich genau der Hälfte der Summe der Direktinvestitionen, die in Indonesien während eines einzigen Jahres, 1996, grünes Licht von den Behörden erhielten. Die Liste der Herkunftsländer von Direktinvestitionen in Südkorea ist traditionell von Japan und den USA angeführt worden. Zwischen 1962 und 1996 wurden insgesamt 4.260 Projekte in einem Gesamtwert von fast 10,7 Mrd. US\$ aus diesen beiden Ländern genehmigt. Von Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland stammte im selben Zeitraum mit 218 Projekten (3,7% der Gesamtprojekte) die drittgrößte Anzahl genehmigter Investitionen in Südkorea.

Das Gesamtvolumen dieser Projekte bewegte sich nach südkoreanischen Angaben bei rund 720 Mio. US\$, was wertmäßig 4,1% aller Investitionen in Südkorea in diesem Zeitraum ausmachte. Neben Japan und den USA investierten nur die Niederlande mit 1,42 Mrd. DM noch mehr in Südkorea. Die sektoralen Schwerpunkte der deutschen Investitionsaktivitäten in Südkorea lagen in den letzten rund 35 Jahren in den Bereichen Chemie (25 genehmigte Projekte mit einem Wert von 201 Mio. DM), Maschinenbau (38 Projekte, 144 Mio. DM) und Transportausrüstungen (12 Projekte, 79 Mio. DM) (vgl. Tab. 5). Wichtige gesetzliche Grundlagen für die deutschen DI in Südkorea bilden auf der einen Seite der am 4. Februar 1964 unterzeichnete Investitionsschutzvertrag und auf der anderen Seite das Doppelbesteuerungsabkommen, das am 14. Dezember 1976 unterzeichnet wurde.⁴

⁴ Detaillierte Analysen der bundesdeutschen DI in Südkorea zwischen 1962 und 1989 finden sich bei Kim Moo-Hyung (1992:170-188) und Yae (1997:102-104).

Tabelle 5: Deutsche Direktinvestitionen in der Republik Korea 1962 bis 1996
(Einheit: 1.000 US\$)

Industriebereiche	Zahl der Projekte	Investitionsbetrag
<i>Landwirtschaft, Nutztiere, Fischerei</i>	1	735
Land- und Forstwirtschaft	1	735
Fischerei	-	-
<i>Bergbau</i>	3	8.663
<i>Verarbeitendes Gewerbe</i>	119	571.728
Nahrungsmittel	1	3.500
Textilien & Bekleidung	4	14.671
Papier & Pulpe	-	-
Chemikalien	25	201.136
Dünger	-	-
Medizin	9	57.745
Erdöl	1	500
Keramik	3	12.854
Metalle	4	12.771
Maschinen	38	143.819
Elektrizität & Elektronik	13	43.608
Transportausrüstungen	12	79.216
Anderes verarbeitendes Gewerbe	9	1.908
<i>Dienstleistungen</i>	95	139.568
Elektrizität & Gas	-	-
Bau	3	6.615
Distribution	10	7.583
Handel	62	56.704
Restaurants	1	62
Hotels	-	-
Transport & Lagerung	3	527
Finanzierung	2	42.511
Versicherungen	-	-
Immobilien	-	-
Anderer Dienstleistungen	14	25.566
<i>Gesamt</i>	218	720.694

Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf genehmigte Projekte.

Quelle: International Economic Policy Bureau, Ministry of Finance and Economy (1997:10).

Nach deutschen Angaben betrug der Bestand der Direktinvestitionen bundesdeutscher Unternehmen in Südkorea Ende 1995 969 Mio. DM. Aufgrund der regen Investitionstätigkeit südkoreanischer Unternehmen in der Bundesrepublik seit den späten 80er Jahren übertrifft das Gesamtvolumen dieser Investitionen trotz einer deutlich niedrigeren Anzahl von Projekten inzwischen das der deutschen Direktinvestitionen in Südkorea. So wurde Ende 1995 ein Gesamtbestand südkoreanischer DI in Deutschland in Höhe von 1,831 Mrd. DM registriert. Die meisten der in Deutschland tätigen Unternehmen - 1992 waren es 154 - haben ihren Sitz in Frankfurt am Main; aber auch in Düsseldorf und Hamburg haben sich eine Reihe südkoreanischer Unternehmen angesiedelt. Zu den wichtigsten Gründen für südkoreanische DI in der Bundesrepublik zählen die Teilnahmemöglichkeit am europäischen Binnenmarkt, das Marktpotential Deutschlands sowie Potentiale für Forschung und Entwicklung vor Ort (BFAI 1997:4; Choi 1991:112-130; Elvenkemper, Pascha und Röhrig 1993:4; Yae 1997:108-110).

Ähnlich wie bei den Direktinvestitionen liegt die Bundesrepublik auch bei den ausländischen Technologietransfers nach Südkorea an dritter Stelle unter den Quellenländern.⁵ Nach südkoreanischen Angaben bezahlten südkoreanische Unternehmen zwischen 1962 und Juli 1996 insgesamt 12,5 Mrd. US\$ Lizenzgebühren an Unternehmen aus dem Ausland. Davon gingen 6,1 Mrd. US\$ (48,9%) an die USA und rund 4,1 Mrd. US\$ (32,6%) an Japan. Unternehmen aus der Bundesrepublik erhielten im selben Zeitraum 530 Mio. US\$, was 4,2% aller (registrierten) Lizenzgebühren Südkoreas entsprach. Allein 1995 flossen knapp 79 Mio. US\$ Lizenzgebühren aus Südkorea in die Bundesrepublik. Technologisches Know-how ist von deutschen Unternehmen vor allem in den Bereichen Maschinenbau, Öl und Chemikalien sowie Elektrotechnik nach Südkorea vergeben worden (International Economic Policy Bureau 1997).

„Infrastruktur“ und Problemfelder der deutsch-koreanischen Wirtschaftsbeziehungen

Neben dem bereits erwähnten Gemischten Ausschuß auf Regierungsebene bemühen sich noch eine Reihe weiterer öffentlicher und privater Organisationen um den Ausbau und die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea. So vereinbarten 1975 der koreanische Industrieverband FKI (Federation of Korean Industries) und sein deutsches Pendant, der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie), anlässlich des Besuches des damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten von Südkorea, Nam Duck-woo, in der Bundesrepublik die Gründung der Arbeitsgruppe für die Deutsch-Koreanische Wirtschaftliche

⁵ Zum Technologietransfer zwischen der Bundesrepublik und Südkorea bis Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre siehe im einzelnen auch Kim Moo-Hyoung (1992:239-248) und Yae (1997:111-115).

Zusammenarbeit. Dieser Arbeitsgruppe gehören Vertreter der beiden Industrieverbände sowie ihrer Mitgliedsunternehmen an. Auf den durchschnittlich alle anderthalb Jahre stattfindenden Tagungen werden von der Arbeitsgruppe aktuelle Themen aus dem Bereich der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen sowie Möglichkeiten der weiteren industriellen Kooperation diskutiert (vgl. Han 1991:259-263).

Mit dem Deutsch-Koreanischen Gemischten Ausschuß für Industrielle Kooperation wurde im Mai 1997 eine weiteres bilaterales Gremium geschaffen, das sich mit Fragen der industriellen und technologischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südkorea beschäftigt. Kennzeichen dieses Gremiums ist es, das es sich auf beiden Seiten aus Vertretern sowohl der Regierung als auch der Unternehmen des jeweiligen Landes zusammensetzt. Auf der konstituierenden Sitzung in Königswinter bei Bonn wurden die beiden Delegationen von dem deutschen Wirtschaftsminister Günter Rexrodt und dem koreanischen Minister für Handel, Industrie und Energie, Lim Chang-yuel, angeführt. Auf der Tagesordnung standen dabei Kooperationsmöglichkeiten in den Bereichen Automobil- und Maschinenbau, Infrastruktur sowie kleine und mittlere Unternehmen. Von koreanischer Seite wurde die Gründung eines Informationszentrums im jeweils anderen Land angeregt, um den Austausch von Informationen über Geschäftsmöglichkeiten zu erleichtern (siehe *Korea Herald*, 29.5.97; *Handelsblatt*, 30./31.5.97).

Zu den in der Bundesrepublik tätigen Organisationen, die sich um eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit Südkorea bemühen, zählt die 1981 gegründete Deutsch-Koreanische Wirtschaftsvereinigung, der deutsche sowie in Deutschland ansässige südkoreanische Unternehmen angehören. Die Gründung der Deutsch-Koreanischen Wirtschaftsvereinigung ging auf ein Kooperationsabkommen zurück, das zwei Jahre zuvor zwischen der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf und der Korean Traders Association (KTA) abgeschlossen worden war (Storm 1984). Zu erwähnen ist auch der Deutsch-Koreanische Wirtschaftskreis, der sich mit seinen koreanischen Partnerorganisationen, der Korea International Trade Association (KITA), der Small and & Medium Industry Promotion Corporation (SMIPC) sowie der Association of Foreign Agents of Korea (AFTAK), für einen Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen einsetzt.

Vor Ort sind schließlich seit 1981 die Deutsch-Koreanische Industrie- und Handelskammer (DKIHK) in Seoul sowie in Berlin, Frankfurt am Main und Hamburg die Büros der Korea Trade and Investment Promotion Agency (KOTRA) aktiv, die Informations- und Beratungsarbeit leisten. Während es sich bei der DKIHK um eine privatrechtliche Vereinigung handelt, die als ein freiwilliger Zusammenschluß der Mitgliedsunternehmen fungiert, ist die KOTRA die offizielle Außenwirtschaftsförderungsgesellschaft der südkoreanischen Regierung.

Allgemein kann festgestellt werden, daß sich die deutsch-koreanischen Wirtschaftsbeziehungen sowohl vom Umfang der Transaktionen als auch von der Qualität der Kooperationsbeziehungen her auf einem hohen Niveau bewegen. Darüber hinaus ist bemerkenswert, daß sich die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bisher in einem weitgehend spannungsfreien Umfeld entwickeln konnten. Daß es hin und

wieder zu Problemen gekommen ist, erscheint nur natürlich. So zeigte sich in jüngerer Zeit die deutsche Seite irritiert, wenn nicht verärgert über eine erneute, möglicherweise von der Regierung initiierte „Frugalitätskampagne“ auf südkoreanischer Seite, die 1996/97 zu teilweise drastischen Rückgängen bei Importen von Konsumgütern und Automobilen führte.

Sektorale Marktzugangsbeschränkungen und Geschäftsprobleme werden von deutscher Unternehmensseite noch immer im Finanzdienstleistungssektor, in der pharmazeutischen Industrie, bei elektrischen Gebrauchsgütern und im Automobilsektor gesehen. Mehr Konsistenz in der staatlichen Politik oder vielmehr Gleichbehandlung mit südkoreanischen Unternehmen wäre zudem aus deutscher Sicht wünschenswert in bezug auf Zölle und Steuern, öffentliche Ausschreibungen, den Schutz von Urheberrechten, Lieferantenkredite, den Import von Agrarprodukten, Grundstückserwerb sowie Verwaltungsvorschriften. Insgesamt bezeichnet aber auch die Deutsch-Koreanische Industrie- und Handelskammer in Seoul das wirtschaftliche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea als gut. Nach Einschätzung der Kammer kann sich mit der durch den OECD-Beitritt Südkoreas forcierten Liberalisierung sowohl das Handels- wie auch das Investitionsvolumen noch positiver entwickeln.

3 Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Südkorea in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft

Zusammenarbeit im kulturellen Bereich

Bereits seit Mitte der 60er Jahre mehrfach besprochen, aber wegen der Ost-Berlin-Spionageaffäre zunächst wieder auf Eis gelegt, konnte erst im Mai 1970 ein Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea unterzeichnet werden. Das Abkommen sieht erstens die Förderung kultureller Einrichtungen der anderen Seite, wie etwa von Schulen, wissenschaftlichen und kulturellen Anstalten, Bibliotheken, Film- und Musikarchiven, zweitens den Austausch von Personal auf dem Gebiet der Wissenschaft und der Kultur sowie drittens die Förderung der Verbreitung von Büchern und Zeitschriften, des Auftretens von Künstlern, der Organisation von Sportveranstaltungen usw. mit dem Ziel einer besseren Kenntnis der Kultur und Lebensformen im jeweils anderen Land vor. Ein gemeinsamer Ausschuß auf Regierungsebene soll alle zwei Jahre tagen, um die Umsetzung der Ziele des Abkommens zu überprüfen.

Ein wichtiger Schritt zur Vertiefung der bilateralen kulturellen Beziehungen wurde ebenfalls 1970 mit der Eröffnung eines Goethe-Instituts in Seoul getan. Wie bei allen anderen Goethe-Instituten weltweit handelt es sich dabei um eine privatrechtlich organisierte, aber von staatlicher Seite finanzierte Einrichtung, die als Sprachinstitut fungiert und daneben durch Ausstellungen, Filmvorführungen, Theateraufführungen, Seminare, Diskussions- und Liederabende einen Einblick in deutsche Ge-

genwartskultur vermittelt. Bis Ende 1993 wurden am Goethe-Institut in Seoul sowie an einer kleinen Zweigstelle des Instituts in Taejon über 2.500 Deutschkurse mit fast 57.800 Teilnehmern organisiert. Allein 1993 nahmen 3.860 Koreaner an den angebotenen Kursen teil. Die Mehrzahl der Teilnehmer an den Sprachkursen sind Studenten, die offensichtlich ein zusätzliches, außeruniversitäres Lehrangebot suchen.

In Ergänzung zur Tätigkeit der Goethe-Institute im Ausland bieten auch 16 Goethe-Institute in Deutschland selbst intensive Sprachkurse und deutschlandkundliche Rahmenprogramme an. Die Möglichkeit, an entsprechenden Programmen teilzunehmen, ist auch immer wieder von Koreanern aus beiden Teilen der Halbinsel wahrgenommen worden. So hielten sich etwa 1991 701 Südkoreaner und 42 Nordkoreaner für entsprechende Programme in Deutschland auf. Darüber hinaus nahmen bis Ende 1993 insgesamt 118 koreanische Deutschlehrer am Ausbildungsseminar des Goethe-Instituts in München teil, während zwischen 1980 und 1993 weitere 450 koreanische Deutschlehrer zu zwei- oder dreimonatigen Fortbildungskursen des Goethe-Instituts in Deutschland weilten (vgl. Han 1991:315-316; Kim Kun-Hwan 1994:120-124, 173-177).

Anfang der 80er Jahre wurde auch von koreanischer Seite ein kleineres Kulturinstitut in Deutschland mit Sitz in Bonn gegründet. Dieses Institut für koreanische Kultur organisiert in unregelmäßiger Folge Vorträge, Konzerte und andere Veranstaltungen und publiziert zweimal im Jahr eine deutschsprachige Zeitschrift mit dem Titel *Han*. Zur Informationsvermittlung über Korea trägt auch der gemeinnützige Korea-Verband mit seinem Korea-Kommunikations- und Forschungszentrum in Essen bei. Redaktionell betreut von einem hauptamtlichen deutschen Mitarbeiter, gibt der Korea-Verband die Zeitschrift *Korea Forum* heraus, in der über politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Themen, Veranstaltungen und Publikationen berichtet wird (siehe dazu ausführlicher Han 1991:316-317; Kim Kun-Hwan 1994:186; Yoo 1996:322-330).

Auf Nichtregierungsebene leisten auch die deutsch-koreanischen Gesellschaften in der Bundesrepublik und der Republik Korea wichtige Arbeit in bezug auf das gegenseitige Verstehen. Die ältere von beiden ist die Koreanisch-Deutsche Gesellschaft mit Sitz in Seoul, welche 1961 von einigen koreanischen Privatpersonen, die in Deutschland studiert hatten und dorthin wirtschaftliche Kontakte pflegten, gegründet und 1964 als Verein eingetragen wurde. Ziel der Gesellschaft ist es, Deutsche und Koreaner einander näherzubringen und die freundschaftlichen Bande zwischen beiden Ländern zu fördern und zu festigen. Diesem Ziel dienen eine Reihe von Veranstaltungen und die Herausgabe eines vierteljährlichen Rundbriefes. Angesehene Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben Südkoreas, wie der ehemalige Bildungsminister Ahn Ho-sang, das ehemalige Regierungsmitglied Choi Du-san, der Zeitungsverleger Bang Woo-yong und der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Daewoo-Unternehmensgruppe Kim Woo-choo haben der Koreanisch-Deutschen Gesellschaft als Vorsitzende vorgestanden (Han 1991:311-312; Kim Kun-Hwan 1994:133-134).

Das deutsche Gegenstück bildet seit 1966 die Deutsch-Koreanische Gesellschaft mit Sitz in Bonn, die auch über eine Reihe von Regionalverbänden verfügt. Neben der Herausgabe der Vierteljahreszeitschrift *Koreana* kommt die Gesellschaft ihrer Aufgabe der Vertiefung der deutsch-koreanischen Beziehungen auf Bevölkerungsebene durch eine Reihe verschiedener Veranstaltungen, wie spezielle Ausstellungsbesuche, Treffen mit Parlamentariern, Vorträge oder Filmabende, nach. Den Höhepunkt der bisherigen Tätigkeit bildeten 1983 die Feierlichkeiten aus Anlaß des hundertjährigen Jubiläums der Beziehungen zwischen Deutschland und Korea (Han 1991:312-315). Daneben besteht in Deutschland aber auch eine Vielzahl von kleineren Verbänden und Selbsthilfegruppen koreanischer Staatsangehöriger mit Wohnsitz in der Bundesrepublik. Hierbei handelt es sich etwa um Koreaner-Vereine in größeren deutschen Städten, koreanische evangelische Kirchengemeinden, kulturelle Organisationen und koreanische Schulen, Frauenorganisationen sowie politische Gruppen (siehe dazu ausführlich Yoo 1996:52-317).

Zum Bild des jeweils anderen Landes in Deutschland und Korea tragen sicherlich nicht zuletzt auch die Medien bei. Während allerdings in der Bundesrepublik eine Reihe koreanischer Mitarbeiter von Fernseh- und Radiostationen sowie Printmedien tätig sind, unterhalten die entsprechenden deutschen Einrichtungen vor Ort in Korea, wenn überhaupt, nur kleine Teams mit einigen wenigen einheimischen Mitarbeitern. In vielen Fällen werden Berichte über Korea von Korrespondenten verfaßt, die mit Ausnahme der VR China für das gesamte Nordostasien zuständig sind. Mitteilungen von Presseagenturen wie der Deutschen Presseagentur, die auch in Seoul vertreten ist, ergänzen das Bild. Die Ausstrahlung deutscher und koreanischer Filme im Fernsehen des jeweils anderen Landes hat noch immer Seltenheitswert. Kooperationsabkommen bestehen allerdings seit 1985 zwischen dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) einerseits und der staatlichen Fernsehgesellschaft Korea Broadcasting System (KBS) sowie dem privaten Sender Munhwa Broadcasting Corporation (MBC) andererseits. Darüber hinaus strahlt das internationale Radioprogramm der KBS, Radio Korea International, täglich Sendungen in deutscher Sprache über deutsche und koreanische Themen aus.

Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich

Die deutsche Sprache erfreut sich in Korea trotz ihres Schwierigkeitsgrades noch immer erstaunlich großer Beliebtheit. Als zweite Fremdsprache (nach Englisch) wird sie an einer Vielzahl von Oberschulen und Universitäten unterrichtet. Seit der Einführung einer zweiten Fremdsprache bei der Zugangsprüfung zu Universitäten in Südkorea, 1986, ist immer wieder vorausgesagt worden, daß die deutsche Sprache keine Chance gegenüber dem Japanischen hat, das für Koreaner einfacher zu erlernen ist. Jüngere Statistiken zeigen jedoch ein anderes Bild. So hatten beispielsweise 1993 über 544.000, d.h. 31,3% aller Oberschüler Deutsch als ihre zweite Fremdsprache gewählt. Im selben Jahr studierten 14.145 Studenten im Hauptfach Germanistik

an südkoreanischen Universitäten, während es gleichzeitig an deutschen Universitäten weniger als hundert Studenten waren, die Koreanistik im Hauptfach studierten. Auch bei denen, die zu einem Studienaufenthalt im jeweils anderen Land weilen, zeigt sich ein deutliches Ungleichgewicht. Studierten im Wintersemester 1992/93 6.824 koreanische Studenten an deutschen Universitäten,⁶ waren es umgekehrt weniger als zehn deutsche Studenten, die Kursen an Universitäten in Südkorea folgten (Kim Kun-Hwan 1994:85).

Die Germanistik ist wie andere Wissenschaften auch erst nach dem Zweiten Weltkrieg in der Republik Korea eingeführt worden. Ein Startvorteil war dabei dadurch gegeben, das es zu diesem Zeitpunkt mehr Deutschlehrer gab als etwa Lehrer für Französisch oder Chinesisch, da Deutschunterricht auch während der japanischen Kolonialzeit (1910-45) angeboten wurde. Viele Schüler wählten in der Folge Deutsch als zweite Fremdsprache an den allgemeinen Oberschulen des Landes. In den 70er Jahren konnte auf Betreiben des südkoreanischen Erziehungsministeriums, das auf mehr Ausgeglichenheit bedacht war, Französisch an Boden gewinnen. Auch Japanisch wurde in den 70er und 80er Jahren beliebter und dominiert ohnehin seit längerer Zeit bei den zweiten Fremdsprachen an den über 700 berufsbildenden Oberschulen Südkoreas. Wie Tabelle 6 zeigt, wählte Anfang der 90er zwar der Großteil der südkoreanischen Oberschüler (46,4%) Japanisch als zweite Fremdsprache, bei den Schülern in allgemeinen Oberschulen aber, d.h. denjenigen, die ein Universitätsstudium anstreben, lag Deutsch als zweite Fremdsprache weiter mit 43,2% an der Spitze. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß im Mittelpunkt des Fremdsprachenstudiums an südkoreanischen Oberschulen und Universitäten primär der Erwerb passiver Sprachkenntnisse steht.

Tabelle 6: Ausrichtung von Oberschülern in bezug auf die zweite Fremdsprache 1993 (Einheit: Anzahl der Schüler)

	Deutsch	Französisch	Spanisch	Chinesisch	Japanisch
Allgemeine Oberschule	504.767	288.373	9.103	42.312	324.750
Berufsbildende Oberschule	39.414	28.363	1.263	19.140	481.487
Insgesamt (%)	544.181 (31,3)	316.736 (18,2)	10.336 (0,6)	161.452 (3,5)	806.237 (46,4)

Quelle: Ministry of Education, Republic of Korea 1993, zitiert nach Kim Kun-Hwan (1994:94-95).

⁶ Zum Vergleich: An Universitäten in den USA studierten zur gleichen Zeit 43.272 Koreaner, in Japan 16.784, in Frankreich 5.324, und in Großbritannien waren es 1.499 (Angaben des Außenministeriums der Republik Korea, zitiert nach Kim Kun-Hwan 1994:120).

1993 waren über 1.300 Deutschlehrer an den Oberschulen Südkoreas tätig. Diese Lehrer sind an den Germanistik-Fakultäten der Universitäten des Landes ausgebildet worden, von denen es im selben Jahr landesweit 72 gab. 1974 waren es erst 19 Fakultäten. Germanistik hat sich mithin ohne Zweifel in den letzten zehn bis 15 Jahren zu einem „Massenfach“ entwickelt; auf dem Höhepunkt vor wenigen Jahren verließen noch 3.000 Hochschulabsolventen mit einem Bachelor- oder Master-Abschluß in Germanistik die Universität. Davon dürfte allerdings nur ein kleiner Teil noch einen Bezug zu Deutschland haben; in vielen Fällen gibt das Studium in Korea nur geringen Aufschluß über die spätere Berufstätigkeit; die wirklich relevanten Kenntnisse werden „on the job“ vermittelt (Kim Kun-Hwan 1994:91-120; *Süddeutsche Zeitung*, 25.1.97).

Die älteste Germanistik-Fakultät ist die der Nationalen Universität Seoul; hier wurde das Fach bereits 1946 gelehrt. Selbst während des Koreakrieges konnten weiterhin Studenten im etwas sichereren Pusan ausgebildet werden. Eine wichtige Neugründung wurde dann 1954 mit der Hanguk-Universität für Fremdsprachen in Seoul vorgenommen. Bereits Ende der 50er Jahre konnte von hier aus die erste Generation von Deutschlehrern den Dienst an Oberschulen in Südkorea antreten. 1959 wurde bereits die Koreanische Gesellschaft für Germanistik gegründet, der zumeist literaturwissenschaftlich ausgerichtete Hochschullehrer angehören. Eher sprachwissenschaftlich orientierte Hochschullehrer gründeten Ende der 60er Jahre den Koreanischen Deutschen Verein (KDV), der ebenfalls eine wissenschaftliche Zeitschrift herausgibt. Schließlich kam Anfang der 80er Jahre noch der Koreanische Erziehungsverein für Germanistik hinzu, der sich insbesondere Fragen der Unterrichtsdidaktik angenommen hat. Neben den einheimischen Lehrkräften waren an den Germanistik-Fakultäten Südkoreas in den letzten zehn Jahren im übrigen auch 40 bis 50 deutsche Lektoren tätig (Han 1991:335; Kim Kun-Hwan 1994:85-86, 130-131).

Nicht nur das Studium der deutschen Sprache hat koreanische Studenten nach Deutschland gebracht. Vielmehr sind es traditionell die juristischen, medizinischen oder philosophischen Fakultäten Deutschlands gewesen, die Studenten aus Korea anzogen. Bereits 1924 promovierte mit Ahn Chang-su der erste Koreaner in Deutschland, und zwar in Medizin. Ebenfalls relativ früh, nämlich 1928, promovierte Lee Mirok, der sich später als Schriftsteller und Koreanistik-Professor einen Namen in Deutschland machen sollte, im Fach Zoologie an der Universität München. Der erste Koreaner, der in Deutschland in Germanistik promovierte, war 1960 Kwak Pok-rok. Kwak lehrte das Fach bis zu seiner Emeritierung 1987 an der Sogang-Universität in Seoul. Zwischen 1924 und 1988 promovierten insgesamt 749 Koreaner an deutschen Universitäten, die meisten davon in Medizin (104), Chemie (83), Germanistik und Linguistik (61) und den Wirtschaftswissenschaften (57). Zu den beliebtesten Promotionsorten zählten während dieses Zeitraumes die Universitäten in München (70), Bonn (62), Göttingen (46) und Hamburg (46) (vgl. Choi 1983:321-328; Kim Kun-Hwan 1994:80-82, 193-197).

Bis zur Mitte der 90er Jahre dürfte die Zahl der in Deutschland promovierten Südkoreaner auf deutlich über 1.000 angestiegen sein. Ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Alumni deutscher Universitäten ist in entsprechenden wissenschaftlichen Vereinigungen in der Republik Korea organisiert. Hierzu zählen die 1976 gegründete Koreanisch-Deutsche Gesellschaft für Rechtswissenschaft sowie die ein Jahr später gegründete Gesellschaft für Koreanisch-Deutsche Wirtschaftswissenschaften. Diese beiden hielten seitdem mehrere Konferenzen ab, zu denen auch deutsche Fachkollegen eingeladen wurden. Seit 1986 existiert zudem in der Bundesrepublik die Deutsch-Koreanische Juristische Gesellschaft, die deutsche Juristen mit einem Interesse am Rechtssystem der Republik Korea zusammenbringt.

Ein institutionalisierter Meinungsaustausch zwischen deutschen und südkoreanischen Wissenschaftlern fand von 1973 an auch im Rahmen der Deutschen Korea-Studiengruppe mit Sitz in Kiel statt. 1980 ging daraus das Deutsche Institut für Korea-Forschung hervor, das sich mit Vergleichen der Politik und zwischenstaatlichen Beziehungen der beiden geteilten Nationen beschäftigt. Seit 1981 wurden außerdem jährliche Tagungen mit Politik- und Wirtschaftswissenschaftlern aus beiden Ländern vom Institute of East and West Studies der Yonsei-Universität in Seoul auf koreanischer Seite und von verschiedenen Instituten der Universität München auf deutscher Seite abgehalten (vgl. Choi 1983:317; Han 1991:330-334).

Zur Vertiefung des Austausches und der Kooperation auf wissenschaftlicher Ebene zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea haben nicht zuletzt wissenschaftliche Fördereinrichtungen und die deutschen politischen Stiftungen beigetragen. Hervorzuheben sind dabei zunächst die entsprechenden Aktivitäten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Alexander von Humboldt-Stiftung. Bereits seit 1952 vergibt der DAAD Stipendien an Studenten und junge Wissenschaftler aus Korea, um ihnen einen Studienaufenthalt in der Bundesrepublik zu ermöglichen. Bis 1993 wurden von ihm 712 Stipendien an Südkoreaner vergeben, die meisten davon in den Sprach- und den Kulturwissenschaften sowie den Naturwissenschaften. Bereits 1925 erhielten koreanische Wissenschaftler Stipendien der Alexander von Humboldt-Stiftung. Einer der ersten Empfänger eines solchen Stipendiums war der spätere südkoreanische Bildungsminister Ahn Ho-sang. 1955 kamen dann die ersten koreanischen Humboldt-Stipendiaten nach dem Krieg in die Bundesrepublik. Bis 1993 wurden rund 200 südkoreanische Wissenschaftler auf diese Art gefördert, darunter viele Rechtswissenschaftler und Mediziner (Han 1991:322-324; Kim Kun-Hwan 1994:178-180).

Neben der Tätigkeit des Katholischen Akademischen Ausländer-Dienstes (KAAD), von dem Anfang der 90er Jahre jährlich rund 50 Koreaner ein Stipendium erhielten, müssen aber auch die Tätigkeiten der einzelnen politischen Stiftungen in bezug auf Südkorea beziehungsweise vor Ort in Seoul erwähnt werden. So werden seit den 60er Jahren von der Friedrich-Ebert-Stiftung koreanische Studenten und Nachwuchswissenschaftler mit Stipendien gefördert. Bei rund 50 entsprechenden Stipendien im Jahr sind dabei bereits über 1.500 Koreaner in den Genuß entsprechender Stipendien gekommen. Bereits in den Jahren 1967 bis 1972 unterhielt die

Stiftung in Seoul ein Büro. Dieses wurde Anfang der 80er Jahre reaktiviert und hat sich seither mit koreanischen Kooperationspartnern wie dem renommierten Korea Development Institute in Form von Tagungen und Publikationen unter anderem Fragen der Arbeit und Beschäftigung sowie der Entwicklung der Gewerkschaften in Südkorea angenommen.

Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit längerer Zeit in Südkorea aktiv. Seit 1974 sind Stipendien an koreanische Studenten und Nachwuchswissenschaftler vergeben worden; bis 1993 wurden insgesamt 129 Stipendiaten von der Stiftung gefördert. Ende der 70er Jahre wurde zudem mit dem Asiatic Research Center an der bekannten privaten Korea-Universität in Seoul eine längerfristige Forschungs Kooperation initiiert, in deren Rahmen die sozialen Probleme Koreas im Zuge des Industrialisierungsprozesses untersucht worden sind.

Auch die politischen Stiftungen, die der FDP und der CSU nahestehen, sind mit Büros in Seoul vertreten. Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat ihr Quartier seit 1987 auf dem Campus der Hanyang-Universität, wo sie mit dem dortigen Zentrum für lokale Autonomie zusammenarbeitet. Mithin besteht ihr Programmschwerpunkt in der Förderung der Dezentralisierung und der politischen Partizipation vor allem auf kommunaler Ebene. Seit seiner Gründung vor wenigen Jahren unterstützt die Stiftung auch die Arbeit eines asienweiten Zusammenschlusses liberaldemokratischer Parteien, des Council of Asian Liberal Democrats (CALD). Zudem vergibt die Friedrich-Naumann-Stiftung seit Anfang der 70er Jahre Stipendien an koreanische Studenten und Promovenden. Bis 1993 erhielten rund 90 Südkoreaner eine solche Förderung. Die Hanns-Seidl-Stiftung schließlich ist in Südkorea seit 1987 mit einem Büro vertreten und hat im Rahmen ihrer Begabtenförderung bis 1993 rund 20 Stipendien für ein Studium in der Bundesrepublik an Koreaner vergeben (Han 1991:324-328; Kim Kun-Hwan 1994:178-180, 182-183).

Weitaus weniger entwickelt als die Germanistik in Korea ist die Koreanistik in der Bundesrepublik. Die Anfänge koreabezogener Studien in Deutschland sind eng mit dem Namen André Eckardt verbunden, der als der erste deutsche Koreanist bezeichnet werden kann. Eckardt kam 1909 als Mitglied der Benediktiner-Mission (siehe dazu unten) nach Korea. Seinem großen Interesse an koreanischer Sprache, Kunst, Musik und Religion sind eine Reihe von Studien in deutscher Sprache, darunter ein koreanisch-deutsches Wörterbuch und eine Grammatik der koreanischen Sprache, zu verdanken. Zwischen 1923 und 1928 lehrte Eckardt deutsche Sprache und Kunstgeschichte an der Keijō-Universität, der Vorgängerin der heutigen Nationalen Universität von Seoul, und war auch an der Einrichtung des Staatlichen Museums in Seoul beteiligt. Zur Jahreswende 1928/29 kehrte Eckardt nach Deutschland zurück, wo er 1930 an der Universität Würzburg mit einer Dissertation über das Schulwesen in Korea zum Doktor der Philosophie promoviert wurde. 1950 übernahm er die Stelle des verstorbenen Mirok Lee am Ostasiatischen Seminar der Universität München, wo er bis kurz vor seinem Tod im Januar 1974 unterrichtete (Choi 1983:233-235; Huwe 1984; Kim Kun-Hwan 1994:74-75).

Das Studium der Koreanistik als Hauptfach ist derzeit in der Bundesrepublik nur an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie den Universitäten in Bochum, Hamburg, Tübingen und Bonn möglich, wobei allerdings nur die ersten vier über eigene Lehrstühle auf diesem Gebiet verfügen. Die Zahl der Hauptfachstudenten wird auf unter 100 geschätzt, dazu kommen etwa 100 bis 150 Nebenfachstudenten. Das Angebot, koreanische Sprache und Literatur im Hauptfach zu studieren, besteht am längsten, nämlich seit 1952, an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu DDR-Zeiten wurden hier vor allem Diplomaten und andere Personen ausgebildet, die dann im Verkehr mit der KDVR eingesetzt wurden. An der Universität Bochum wurde die Sektion für Sprache und Kultur Koreas im Jahre 1963 eingerichtet; ihre Entwicklung ist eng mit der Person von Professor Bruno Lewin verbunden. Seit 1974 ist es in Bonn möglich, Koreanistik im Hauptfach zu studieren. Die Gründung der Koreanischen Abteilung im Seminar für Orientalische Sprachen der Universität Bonn fand im Jahre 1972 statt, Ende der achtziger Jahre wurde eine zweite Planstelle für einen Dozenten geschaffen. An der Universität Tübingen existiert seit Ende 1979 eine Koreanistik-Abteilung im Rahmen des Seminars für Sinologie und Koreanistik, zehn Jahre später, 1989, kamen zwei weitere Planstellen für einen Lektor sowie einen wissenschaftlichen Mitarbeiter hinzu.

Der jüngste Koreanistik-Lehrstuhl in der Bundesrepublik wurde 1990 an der Universität Hamburg geschaffen. Koreanische Sprache wurde hier allerdings bereits seit dem Jahre 1962 unterrichtet. Seit dem Wintersemester 1997/98 ist neben dem Lehrstuhlinhaber und einem Lektor auch ein Hochschulassistent in der Abteilung Korea des Seminars für Sprache und Kultur Chinas tätig. Seit demselben Zeitpunkt existiert in Hamburg auch ein dreijähriger Koreanistik-Studiengang, der mit dem Bachelor of Arts abgeschlossen wird. Neben Veranstaltungen im Rahmen der Koreanistik als solcher finden an einer Reihe deutscher Universitäten koreabezogene Kurse statt. Im Wintersemester 1995/96 beispielsweise wurden, wenn man von Sprachkursen absieht, an insgesamt sieben Universitäten 31 Kurse über Korea angeboten, wovon 16 das moderne Korea seit 1945 betrafen und 15 sich auf das traditionelle Korea bezogen. Weitere Kurse, insbesondere solche zur Sprachausbildung für Nichtfachstudenten sowie sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Kurse über das moderne Korea, dürften in den nächsten Jahren dazukommen. Stipendien, vor allem von der Korea Foundation, haben es in den letzten Jahren deutschen Studenten und Postgraduierten vermehrt ermöglicht, Sprachstudien und Forschung vor Ort zu betreiben (vgl. Banze 1996:156-158; Han 1991:335-336 sowie im einzelnen Kim Kun-Hwan 1994:134-169).

Deutsche in Korea, Koreaner in Deutschland

Frühe Kontakte zwischen Europa und Ländern anderer Kontinente waren oftmals ein Resultat der Tätigkeit von Kirchen und Missionaren. Im deutsch-koreanischen Fall begannen deutsche Missionare allerdings erst relativ spät, nämlich im Jahre 1909,

mit umfassenderen Versuchen, das Christentum in Korea zu verbreiten. In diesem Jahr entsandte die Benediktiner-Missionsgesellschaft von St. Ottilien in Bayern zwei ihrer Patres nach Seoul, um dort eine klösterliche Gemeinschaft zu gründen. Eine Reihe weiterer Patres und Brüder folgte in den Jahren darauf. Im Gegensatz zu den bereits seit längerer Zeit tätigen amerikanischen, französischen und anderen europäischen Missionaren legten die deutschen Benediktiner ihren Schwerpunkt auf kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Tätigkeiten statt auf Missionsarbeit im engeren Sinne. Dieser eher praktischen Missionsarbeit sollte auch durch die Gründung von Schulen und die Anleitung von Koreanern in verschiedenen Bereichen des Handwerks sowie in der Garten-, Feld- und Wiesenbewirtschaftung nachgekommen werden. Bereits 1911 eröffneten die Benediktiner in Seoul eine Lehrerbildungsanstalt sowie eine Handwerksschule und errichteten eine Schreinerei sowie eine Schlosserei.

Wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, bei dem das Deutsche Reich und Japan, die Kolonialmacht in Korea, auf verschiedenen Seiten standen, mußte die Lehrerbildungsanstalt schon bald wieder geschlossen werden. Die Handwerksschule konnte allerdings zunächst weiter betrieben werden. Koreanische Schreiner, die dort ausgebildet wurden, schufen unter anderem die große neugotische Kanzel in der Kathedrale zu Seoul. 1921 entschlossen sich die Benediktiner, ihr Kloster weiter in den Norden der koreanischen Halbinsel nach Wonsan zu verlegen. Dort wurde auch unter Leitung von Abt Bonifatius Sauer die erste größere deutsche Schule für Jungen und Mädchen, die Meerstern-Schule, errichtet, der im Laufe der Zeit noch acht andere missionseigene Grundschulen folgen sollten. 1927 wurde zudem ein Priesterseminar in Tokwon gegründet, das 1943 100 Schüler aufwies. Auch karitativen Tätigkeiten kamen die deutschen Missionare nach, so unter anderem durch den Betrieb eines kleinen Krankenhauses in Tokwon, einer Arztpraxis in der Provinzhauptstadt Hamhung und einer Armenapotheke in Wonsan.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen die Kommunisten im nördlichen Teil der koreanischen Halbinsel damit, aktiv gegen die dort lebenden Christen vorzugehen. Im Mai 1949 wurde auch die Abtei Tokwon aufgelöst, und die Missionare wurden interniert. Abt Bonifatius Sauer verstarb im Februar 1950 während seiner Gefangenschaft. Andere Patres und Brüder konnten in den Süden fliehen, wo sie nach dem Koreakrieg 1954 in Waegwan, in der Nähe von Taegu, ein neues Kloster gründeten. 1964 wurde das Kloster zur Abtei erhoben. Wiederum standen nach der Neugründung Lehrtätigkeit, karitatives Wirken sowie landwirtschaftliche und handwerkliche Tätigkeiten im Vordergrund. Neben der eigenen Landwirtschaft unterhält die Abtei heute einen Verlag mit Druckerei sowie Werkstätten, ist in der Alten- und Krankenfürsorge aktiv und betreibt mehrere Mittel- und Oberschulen, Armenschulen sowie ein Internat. Ende 1993 lebten in der Abtei Waegwan insgesamt 45 Patres und 49 Klosterbrüder, darunter auch 15 Deutsche. Durch ihre vielfältigen Tätigkeiten haben sich die deutschen Missionare in den nunmehr fast neunzig Jahren ihres Wirkens einen ausgesprochen guten Ruf in Korea erworben (vgl. Kim Kun-Hwan 1994:41-55, 76).

Auch die deutsche evangelische Kirche unterhält seit längerer Zeit Beziehungen zur protestantischen Kirche in Südkorea; eine institutionalisierte Zusammenarbeit besteht allerdings erst seit Mitte der 70er Jahre. Zuvor hatten sich wichtige Kontakte im Rahmen der Unterstützung deutscher Kirchen und der Bundesregierung für die 1964 errichtete Christliche Akademie bei Seoul entwickelt. Ein Besuch des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Kurt Schaf, 1965 in Südkorea vertiefte die Beziehungen. Bilaterale Kirchenkonsultationen fanden seit 1974 im Durchschnitt alle zwei bis drei Jahre zwischen der EKD und dem Nationalen Rat der Kirchen in Korea (NCKK) statt.

1974 wurde auch ein Abkommen über kirchliche Zusammenarbeit zwischen dem Evangelischen Missionswerk in Südwestdeutschland und der Presbyterianischen Kirche in der Republik Korea (PROK) unterzeichnet, das unter anderem einen Personalaustausch vorsieht. Eine ähnliche Vereinbarung wurde 1977 zwischen dem Berliner Missionswerk und der PROK unterzeichnet. Seit Mitte/Ende der 70er Jahre waren im Rahmen dieser Kooperation in der Regel zwei deutsche Pfarrer in Südkorea tätig, die sich neben der eigentlichen ökumenischen Arbeit auch mit der Entwicklung der Menschenrechte, der Lage der Kirche, dem Entstehen der Befreiungstheologie in Südkorea und der sogenannten *Minjung*-(Volks-)Theologie beschäftigten sowie als Dozenten für Theologie oder deutsche Sprache tätig waren. Umgekehrt war für die evangelische Kirche in Deutschland die Entsendung von koreanischen Pfarrern nach Deutschland nicht zuletzt wegen des starken Anwachsens der koreanischen Gemeinde in der Bundesrepublik wichtig geworden (vgl. Han 1991:339-350; Kim Kun-Hwan 1994:56-58).

Im Vergleich zu den zumindest zeitweise in Deutschland lebenden Koreanern ist die Zahl der in der Republik Korea lebenden Deutschen recht klein. Die aus wenigen hundert Köpfen bestehende deutsche Kolonie mit Schwerpunkt in der Hauptstadt Seoul setzt sich vor allem aus Geschäftsleuten, Botschaftsangehörigen, Deutschlektoren und deren Angehörigen zusammen. Außerdem kommen jedes Jahr weitere Deutsche, und dies in zunehmender Zahl, als Touristen und Geschäftsreisende in das Land. Anfang der 90er Jahre wurden jedes Jahr rund 30.000 solcher Kurzbesucher aus Deutschland registriert.

Zu den Koreanern, die sich mit Beginn der 60er Jahre längere Zeit in der Bundesrepublik aufhielten, gehörten viele Bergarbeiter und Krankenschwestern. Dies ist darauf zurückzuführen, daß von 1959 an aufgrund des Arbeitskräftemangels in Deutschland gezielt für diese beiden Berufssparten Arbeitskräfte aus der Republik Korea angeworben wurden. Bei den Krankenschwestern waren es ursprünglich katholische Organisationen, die Schwestern für ihre Krankenhäuser und teilweise auch Nachwuchs für ihre Orden suchten. Später wurden auch private Vermittler tätig; zwischen 1971 bis zum Anwerbestop 1976 regelte eine offizielle Vereinbarung zwischen der Deutschen Krankenhausgesellschaft und der koreanischen Regierungsorganisation Korea Overseas Development Corporation die Anwerbung. Insgesamt kamen so 10.000, nach anderen Angaben sogar bis zu 15.000 koreanische Krankenschwestern in die Bundesrepublik.

Die ersten koreanischen Bergleute gelangten 1963 auf der Basis eines bilateralen Regierungsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea nach Deutschland. Bis zum Anwerbestop Mitte der 70er Jahre arbeiteten insgesamt zwischen 6.500 und 8.000 südkoreanische Bergleute in deutschen Zechen. Vor ihrer Abreise in die Bundesrepublik nahmen die meisten der beteiligten Personen an nur relativ kurzen Deutsch-Sprachkursen in Südkorea teil, was oftmals zu Problemen bei der Eingewöhnung in den fremden Sprach- und Kulturkreis führte. Während sich viele Südkoreaner mehr oder minder schnell an den Lebensalltag in Deutschland gewöhnten, stellte sich für viele andere das Leben in der Bundesrepublik als schwierig und frustrierend heraus. Andere Probleme ergaben sich oftmals bei der Rückkehr nach Südkorea. 1976 wurde in Seoul ein Freundeskreis, die *Ujonghoe* (Gesellschaft für freundschaftliche Beziehungen), gegründet, der zu rund 2.000 der heimgekehrten Krankenschwestern Kontakte unterhält. Der Freundeskreis versucht, bei Problemen Hilfestellung zu geben, und organisiert gesellige Zusammenkünfte der Heimkehrer.

Neben Geschäftsleuten, Exilkoreanern und Ingenieurpraktikanten, von denen zwischen 1971 und 1975 über 900 nach Deutschland kamen, bildeten Studenten im Laufe der Zeit einen immer größeren Teil der Südkoreaner in der Bundesrepublik. 1992 beispielsweise machte diese Gruppe mit rund 5.000 Personen etwa ein Viertel der in der Bundesrepublik lebenden Koreaner aus. Andererseits ist der Anteil der Krankenschwestern und Bergleute deutlich gefallen; waren noch 1974 über zwei Drittel der Koreaner, die in Deutschland lebten, in diesen beiden Berufen aktiv, sank ihr Anteil bereits bis Mitte der 80er Jahre auf rund 10% ab.

Ende 1994 lebten 20.930 südkoreanische Staatsangehörige, 9.769 Männer und 11.161 Frauen, in der Bundesrepublik, wobei der größere Frauenanteil darauf zurückzuführen ist, daß mehr Krankenschwestern als Bergleute in Deutschland verblieben. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil dieser Frauen heiratete deutsche Männer. So wurden zwischen 1960 und 1991 2.986 deutsch-koreanische Ehen geschlossen, an denen 2.580 südkoreanische und 406 nordkoreanische Staatsangehörige beteiligt waren. In 408 Fällen heirateten dabei koreanische Männer deutsche Frauen, 2.578mal war es umgekehrt. Zudem wurden allein zwischen 1972 und 1990 5.494 Einbürgerungen von Koreanern in der Bundesrepublik vorgenommen. (Aus Südkorea ist bisher nur ein Fall der Naturalisierung eines ehemals deutschen Staatsangehörigen bekannt.) Zählt man zu den in Deutschland lebenden Koreanern die eingebürgerten Personen koreanischer Herkunft hinzu und zieht die nur temporär in Deutschland lebenden Koreaner wie Studenten und Geschäftsleute ab, kann man, grob geschätzt, davon ausgehen, daß derzeit rund 10.000 bis 12.000 Personen koreanischer Herkunft ihren festen Wohnsitz in der Bundesrepublik haben (vgl. Hielscher 1988:19-26; Han 1991:351-358; Kim Kun-Hwan 1994:88-91, 197-200; Yoo 1996:25-31).

4 Die Beziehungen zwischen der DDR und Nordkorea

Die Deutsche Demokratische Republik und die Koreanische Demokratische Volksrepublik wiesen eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Unterschieden auf, welche die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten zunächst erleichterten, später aber eher erschwerten. Beiden Staaten war die Teilung infolge des Zweiten Weltkrieges gemeinsam, wobei allerdings im deutschen Fall diese Teilung auf Deutschlands Rolle als Aggressor zurückzuführen war, während Korea eher das unschuldige Opfer der Aufteilung Ostasiens in geopolitische Einflußzonen war. Demarkationslinien trennten sowohl auf der koreanischen Halbinsel als auch in Deutschland zwei Staaten voneinander, sowjetische und amerikanische Truppen standen sich jeweils gegenüber. Im Unterschied zur DDR, die aufgrund der fortgesetzten Stationierung sowjetischen Militärs und der starken Abhängigkeit von der UdSSR im außen- und sicherheitspolitischen Bereich ein „halbsouveräner“ Staat blieb, erwarb sich Nordkorea eine weitgehende Unabhängigkeit von der UdSSR. Diese fand ihren Ausdruck in der lange Zeit geltenden Politik der „Äquidistanz“ gegenüber der Sowjetunion und der Volksrepublik China.

Mit Blick auf die innenpolitische Situation im östlichen Teil Deutschlands und im nördlichen Teil Koreas läßt sich festhalten, daß 1945 in beiden Gebieten Parteifusionen erfolgten: In der späteren DDR vereinigten sich die SPD und die KPD zur SED, während in der späteren KDVR aus der Vereinigung zwischen der Kommunistischen Partei Koreas, die erst ein Jahr zuvor gegründet worden war, und der Neuen Volkspartei die Partei der Arbeit Koreas (PdAK) hervorging. 1948 wurden auf der koreanischen Halbinsel zwei Republiken ausgerufen, und nur ein Jahr später erfolgte auf deutschem Boden die Gründung der Bundesrepublik auf der einen Seite und der Demokratischen Volksrepublik auf der anderen Seite. Verstand sich die DDR als westliches Bollwerk gegen den Imperialismus, sah sich die KDVR als östliches Bollwerk.

Im Gegensatz zu Korea blieb Deutschland allerdings von den Verwüstungen und Opfern eines gnadenlosen Bürgerkrieges verschont. Trotz Mauer und Grenzbefestigungen konnte sich in Deutschland im Laufe der Zeit ein wenn auch beschränkter Besuchsverkehr zwischen den beiden Teilen der Nation entwickeln. Schrittweise wurden auch der Postverkehr und der innerdeutsche Handel ausgeweitet. Nord- und Südkorea sind dagegen, von begrenzten Handelsbeziehungen abgesehen, hermetisch voneinander abgeschlossen; Störsender sorgen dafür, daß sich Nordkoreas Bevölkerung über Radio und Fernsehen kein Bild von den Lebensverhältnissen im Süden machen kann (Lindemann 1987:65).

Bereits im November 1949 nahmen die DDR und die KDVR diplomatische Beziehungen miteinander auf und tauschten sogleich Botschafter aus. Bei den Treffen zwischen Vertretern der beiden Staaten wurde, ebenso wie im Fall der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Südkorea, immer wieder an das gemeinsame Schicksal der Teilung erinnert und der Geist der Solidarität beschworen. Genauso

wie die Republik Korea bei ihrer Politik gegenüber dem Norden (und den kommunistischen Staaten des Ostblocks allgemein) Anleihen bei der Ostpolitik der Bundesregierung machte, übernahm Nordkorea Elemente der Wiedervereinigungskonzeptionen der DDR.

1956/57 wurde vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, und von Ministerpräsident Otto Grotewohl die Idee einer „Konföderation“, also eines Staatenbundes bei gleichzeitig weiterbestehenden Unterschieden in der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur der beteiligten Staaten, als Modell für ein vereinigtes Deutschland propagiert. Nordkoreas Staatspräsidenten Kim Il-sung gefiel diese Idee augenscheinlich so gut, daß er sie sich zu eigen machte und im August 1960 der Regierung in Seoul einen Vorschlag zur Bildung einer entsprechenden Konföderation sowie zur Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Verbindungen zwischen den beiden Teilen Koreas unterbreitete. Nordkorea hat offiziell am Konföderationskonzept festgehalten, während es in der DDR bereits in der zweiten Hälfte der 60er Jahre kaum noch vorgetragen wurde und nach dem deutsch-deutschen Grundlagenvertrag ganz aus dem Sprachgebrauch verschwand.

Mit dem Grundlagenvertrag war endgültig klar, daß die DDR und die KDVR unterschiedliche Vorstellungen in bezug auf das Thema Vereinigung entwickelt hatten. Während man sich in beiden Teilen Deutschlands mit der Tatsache der Koexistenz zu arrangieren versuchte, hielt Nordkorea am Ziel der Wiedervereinigung durch eine „demokratische“ Revolution im Süden, notfalls aber eben auch mit Waffengewalt, fest. Die unterschiedlichen Haltungen in der Vereinigungsfrage versuchten die Regierungen in Pyonyang und Ost-Berlin fortan durch fadenscheinige Argumentationen zu überdecken. So argumentierte etwa Kim Il-sung, daß die „Wiederbelebung des Militarismus“ und die „Gründung eines monopolkapitalistischen Staates“ in der Bundesrepublik eine Vereinigung nicht angeraten erscheinen lasse. Die Existenz zweier deutscher Staaten sei „gut sowohl für das deutsche Volk als auch für die Völker der Welt“. Kim Il-sung behauptete weiter, daß „das Volk der DDR will, daß Deutschland aus zwei Staaten besteht, während das koreanische Volk die Wiedervereinigung seines Landes fordert“. In den Medien der DDR fand hingegen die Unterstützung der Regierung für die Wiedervereinigungspolitik Pyonyangs kaum Erwähnung; statt dessen wurde die Solidarität mit der nordkoreanischen Forderung nach Abzug der US-Truppen aus Südkorea betont (siehe dazu Lindemann 1987:66-67; Hielscher 1988:17-18).

Von den 70er Jahren an erschwerten jedoch nicht nur die unterschiedlichen Haltungen in der Vereinigungsfrage, sondern auch Unterschiede im Verhältnis zur UdSSR zeitweise die Entwicklung harmonischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Daß das bilaterale Verhältnis zwischen der DDR und KDVR ganz wesentlich auch eine Funktion der Beziehungen innerhalb des kommunistischen Blocks war, zeigte sich ganz deutlich in den frühen 60er Jahren, als sich Pyonyang und Ost-Berlin auf unterschiedlichen Seiten im ideologischen Konflikt zwischen der Sowjetunion und der VR China wiederfanden. Die bis dahin recht guten Beziehungen zwischen der DDR und der KDVR brachen infolge dieser übergreifenden Aus-

einandersetzung ab und konnten erst 1968 wieder intensiviert werden (Sasse 1984:52; Hagenhoff 1996:27).

Nach dem Koreakrieg entwickelten sich die bilateralen Beziehungen beider Staaten zunächst rasch und recht positiv. DDR-Ministerpräsident Grotewohl besuchte Pjöngjang im Dezember 1955, und Kim Il-sung, der damals noch Vorsitzender des Ministerkabinetts Nordkoreas war, erwiderte den Besuch im Juni 1956. Bereits 1954 unterzeichneten beide Seiten ein Abkommen über die Finanzierung nicht-kommerzieller Projekte, im Januar 1955 folgte ein weiteres über die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit. Zwei weitere Abkommen über den Post- und Paketverkehr sowie über den Fernmeldeverkehr kamen im Dezember 1955 hinzu. Zudem leistete die DDR Unterstützung beim Wiederaufbau Nordkoreas nach dem Koreakrieg, insbesondere was die Wiederherstellung der Hafenstadt Hamhung an der Ostküste Nordkoreas anging. Schätzungen zufolge soll allein zwischen 1954 und 1956 der Wert der DDR-Hilfe an Nordkorea fast 550 Mio. Rubel betragen haben, womit Ostdeutschland nach der UdSSR (1,3 Mrd. Rubel) und der VR China an dritter Stelle der Aufbauhilfe gewährenden Staaten lag. Die gegenseitigen Besuche von Grotewohl und Kim Il-sung unterstrichen die Verbundenheit der beiden Staaten; das Verhältnis zwischen Pjöngjang und Ost-Berlin hatte seinen Höhepunkt in dieser ersten Phase der Beziehungen (1949-1961) erreicht (vgl. Wiechert 1979:85-86; Chon 1982:28-35; Hielscher 1988:11-12).

Wie erwähnt, folgte dann in den folgenden Jahren eine deutliche Abkühlung, die erst gegen Ende des Jahrzehnts wieder einigermaßen überwunden werden konnte. Allerdings führten die Unterschiede in der Vereinigungspolitik der beiden Länder weiter zu Mißstimmung in den bilateralen Beziehungen. Erst mit dem Besuch des DDR-Partei- und Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Dezember 1977 in Pjöngjang konnte wieder halbwegs an die positiven Beziehungen der 50er Jahre angeknüpft werden. Gut sechseinhalb Jahre später, im Juni 1984, unterzeichneten die DDR und Nordkorea beim zweiten Besuch von Kim Il-sung in Ost-Berlin einen Freundschaftsvertrag mit einer Laufzeit von 25 Jahren. Allerdings sollte dieser Vertrag wegen der deutschen Vereinigung 1990 nur relativ kurzen Bestand haben. Das vereinigte Deutschland unterhält zu der KDVR keine diplomatische Beziehungen; einziger offizieller Vorposten der Bundesrepublik in Nordkorea ist das Büro für den Schutz der Interessen der Bundesrepublik Deutschland, das der Botschaft Schwedens angegliedert ist. Umgekehrt unterhält Pjöngjang in Berlin ein entsprechendes Büro, das mit der Berliner Außenstelle der Botschaft der VR China in Deutschland verbunden ist (vgl. Chon 1982:65-68; Lindemann 1987:67-68).

Beeinflußt von den Schwankungen in den diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und der KDVR variierte auch das bilaterale Handelsvolumen zwischen Anfang der 50er Jahre und dem Zeitpunkt der deutschen Vereinigung stark. Da es sich bei der DDR und der KDVR in beiden Fällen um zentral gelenkte Planwirtschaften handelte, wurde der Außenhandel über Staatsmonopole abgewickelt. Ziel der Planung im Außenhandel war es abzustecken, wie sich in einer bestimmten Periode das Außenhandelsvolumen, die Warenstruktur und die regionale Struktur des

Handels entwickeln sollten. Zu diesem Zweck wurden zwischen den Ostblockstaaten jährliche oder auch mittelfristige Handelsprotokolle unterzeichnet. Das erste derartige Protokoll wurde zwischen der DDR und Nordkorea im Juni 1952 in Ost-Berlin unterzeichnet, weitere Protokolle folgten in den Jahren darauf. Es erscheint fast unnötig zu erwähnen, daß sich der bilaterale Handel in vielen Fällen anders entwickelte, als dies von zentraler Stelle vorgesehen war. Von einer stetigen Entwicklung des Handels kann jedenfalls nicht die Rede sein.

Detaillierte Angaben über die Handelsflüsse existieren allerdings nur für die Zeit bis 1975, da die DDR in der Folge nur noch Angaben über das gesamte bilaterale Handelsvolumen veröffentlichte, d.h. Exporte und Importe nicht mehr getrennt auswies. 1953 verzeichnete die DDR Exporte nach Nordkorea in Höhe von rund 30 Millionen sogenannten Valuta-Mark, 1954 waren es fast 50 Millionen Valuta-Mark. In den Jahren darauf sanken die Exporte allerdings wieder und bewegten sich bis 1969 zwischen 10 und 40 Millionen Valuta-Mark. Die ersten Importe aus Nordkorea wurden 1955 registriert, 1968 überschritten sie erstmals die Marke von 20 Millionen Valuta-Mark. Kurzum, das bilaterale Handelsvolumen bewegte sich in den 50er und 60er Jahren auf einem recht niedrigen Niveau.

1970 wurden dann Waren im Wert von über 130 Millionen Valuta-Mark ausgetauscht, 1972 war mit knapp 160 Millionen Valuta-Mark allerdings auch schon der Höhepunkt in den 70er Jahren erreicht. Für 1983 wurde ein immer noch relativ bescheidenes Handelsvolumen von rund 120 Millionen Valuta-Mark ausgewiesen. Die DDR lieferte zu dieser Zeit nach Nordkorea vor allem Werkzeugmaschinen, polygraphische Maschinen, Erzeugnisse der Elektronik, Elektrotechnik und anderer Bereiche der metallverarbeitenden Industrie sowie Kalidüngemittel und chemische Produkte und bezog von dort unter anderem Sintermagnesit für die metallurgische Industrie, Erzeugnisse aus Zink und Blei sowie Kadmium, Tabak und Konsumgüter (Wiechert 1979:84-87; Hielscher 1988:12).

Das vielleicht wichtigste Vermächtnis der Beziehungen zwischen der DDR und der KDVR aber resultiert aus dem Personenaustausch zwischen beiden Ländern, insbesondere im Bereich der Bildung und der Wissenschaft. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von Menschen wurde im jeweils anderen Land ausgebildet oder hielt sich dort zur Sprachausbildung oder im Rahmen von Studienprogrammen auf. So wurden etwa in den fünfziger Jahren in der DDR 600 koreanische Kriegswaisen großgezogen und zu Facharbeitern ausgebildet (Chon 1982:102). Ein anderes Beispiel sind die knapp 50 Nordkoreaner, die zwischen 1980 und 1990 in der DDR promovierten. Schließlich nahmen zwischen 1952 und 1990 auch 610 Nordkoreaner an den intensiven Deutschkursen des Herder-Instituts in der DDR teil. Die meisten der Absolventen dieser Sprachkurse studierten danach an Universitäten in der DDR. An der Universität Leipzig beispielsweise waren zwischen 1959 und 1990 31 nordkoreanische Studenten eingeschrieben (Kim Kun-Hwan 1994:183-185, 197). Diese Menschen sorgen auch nach der deutschen Vereinigung dafür, daß die sprachlichen und kulturellen Verbindungen zwischen Deutschland und dem nördlichen Teil der koreanischen Halbinsel Bestand haben.

Literaturverzeichnis

- Banze, Sonja (1996), „Sinologie und Koreanistik im deutschsprachigen Raum“, in: *ASIEN*, Nr. 59, S.151-158
- BfAI = Bundesstelle für Außenhandelsinformation (1997), *Wirtschaftsdaten aktuell: Republik Korea*, Köln
- Choi, Chong-ko (1983), *Geschichte der deutsch-koreanischen Beziehungen* (in koreanischer Sprache), Seoul: Verlag Hong Sung Sa
- Choi, Ki-Chul (1991), Koreanische Direktinvestitionen in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, unveröffentlichte Dissertation, Universität Göttingen
- Chon, Tuk Chu (1982), *Die Beziehungen zwischen der DDR und der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (1949-1978)*, München: Minerva
- Domschke, Andreas und Gert Himstedt (1988), „Deutsch-koreanische Beziehungen“, in: Rüdiger Machetzki und Manfred Pohl (Hrsg.), *Korea: Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft, Natur, Geschichte, Reisen, Sport*, Stuttgart und Wien: Thienemanns Verlag, S.163-169
- Economic Planning Board, Republic of Korea (1974), *Korea Statistical Yearbook 1974*, Seoul
- Elvenkemper, Matthias, Werner Pascha und Annegret Röhrig (1993), „Koreanische Unternehmen in Deutschland. Ergebnisse einer Umfrage, Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwirtschaft“, No.2/1993, Universität/GH Duisburg
- Finanzministerium und Korea Industrial Bank (1993), *Die 30jährige Geschichte der Kapitaleinfuhr Südkoreas* (in koreanischer Sprache), Seoul
- Hagenhoff, Claus D. (1996), „113 Jahre deutsch-koreanische Beziehungen. Phasen einer mehrfachen Annäherung“, in: *Koreana*, 1/1996, S.25-28
- Han, Jong-soo (1991), *Die Beziehungen zwischen der Republik Korea und der Bundesrepublik Deutschland 1948-1986*, Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang.
- Hielscher, Gebhard (1988), *38mal Korea*, München und Zürich: Piper
- Huwe, Albrecht (1984), „André Eckardt: Deutschlands erster Koreanist“, in: Komitee 100 Jahre ..., a.a.O., S.39-40
- Huwer, Günter und Daerr, Eberhard (1984), „Das DRK-Hospital in Pusan. Der Korea-Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes von 1954 bis 1959“, in: Komitee 100 Jahre ..., S.56-62
- Informationsministerium, Republik Korea (1967), *Kurzer Abriss 80 Jahre Freundschaftlicher Beziehungen Zwischen Korea und Deutschland*, Seoul
- International Economic Policy Bureau, Ministry of Finance and Economy (1997), *Trends in Foreign Direct Investment and Technology Inducement (as of December 31, 1996)*, Seoul
- Kim, Kun-Hwan (1994), *Deutsch und Koreanisch: Die Geschichte und die gegenwärtige Struktur eines Kontaktes zwischen zwei Sprachgemeinschaften*, Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang

- Kim, Moo-Hyoung (1992), Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Südkorea und der BRD - aus südkoreanischer Sicht, unveröffentlichte Dissertation, Universität Münster
- Kleiner, Jürgen (1980), *Korea - Betrachtungen über ein fernliegendes Land*, Frankfurt am Main: R.G. Fischer Verlag
- Kleiner, Jürgen (1992), *Korea - Auf steinigem Pfad*, Berlin: Vistas Verlag
- Kneider, Alexander (1996), „Deutsch-koreanische Beziehungen. Von ihren Anfängen bis zum Jahre 1945“, in: Patrick Köllner (Hrsg.), *Korea 1996 - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.19-49
- Komitee 100 Jahre Deutsch-Koreanische Beziehungen (Hrsg.), *Bilanz einer Freundschaft. Hundert Jahre deutsch-koreanische Beziehungen*, Bonn
- Korean Businessmen's Association (1964), *Korea - Deutschland: Freunde und Partner im Aufbau*, Seoul
- Lindemann, Hans (1987), „DDR - Nordkorea. Parallelen und Gegensätze“, in: *DDR-Report*, 20, 2, S.65-68
- National Statistical Office, Republic of Korea (1997), *Major Statistics of the Korean Economy 1997.3*, Seoul
- Sasse, Werner (1984), „Die historische Entwicklung der deutsch-koreanischen Beziehungen 1883-1983“, in: Komitee 100 Jahre ..., a.a.O., S.47-55
- Statistisches Bundesamt (1977, 1986, 1995a), *Länderbericht Korea, Demokratische Republik*, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (1992, 1995b), *Länderbericht Korea Republik*, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (1994, 1995c, 1996, 1997), *Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel), 2.Halbjahr und Jahr 1993 (1994, 1995, 1996)*, Wiesbaden
- Storm, Hermann (1984), „Die Deutsch-Koreanische Wirtschaftsvereinigung“, in: Komitee 100 Jahre ..., a.a.O., S.72-73
- Wiechert, Rainer (1979), „The Development of Foreign Trade between the German Democratic Republic and the Korean Democratic People's Republic“, in: Kie-Taek Kim und Andis Kaulins (Hrsg.), *The Foreign Policies and Foreign Trade of the German Democratic Republic and the Korean Democratic People's Republic*, Kiel: Deutsche Korea-Studiengruppe
- Yae, Byung-Hwan (1997), *Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Korea nach dem Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag
- Yoo, Jung-Sook (1996), *Koreanische Immigranten in Deutschland: Interessenvertretung und Selbstorganisation*, Hamburg: Verlag Dr. Kovac